

Pressespiegel 2020

Press Documentation 2020

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

14.09.2020 / KW 37

„Profil“, 14.09.2020





Fotos: Erich Vogl

winwin
SPIELEN & MEHR

Und wann kommst Du?

JETZT IN WIEN
Prater & Monte Laa

BIS ZU
€ 10.000,-
GEWINNEN!

Offensiv-aggressive Methoden: Werbung für das Glücksspiel auf Straßenbahnen sowie Drohungen via Handy-Nachrichten in politischen Kreisen.

➤ Neue Brisanz rund um Novomatic

Heikler Chat

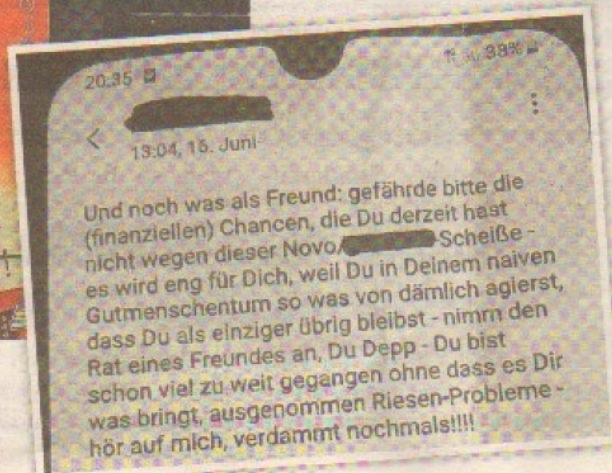
Causa Ibiza, Casinos und die Folgen: Aktuelle Konversationen via Mobiltelefon zwischen Lobbyisten und Insidern geben umfassende Einblicke. Die Nervosität in Politikkreisen steigt, und es gibt auch Warnungen gegenüber allzu geschätzten Personen. Auch für den U-Ausschuss könnte das neue Dynamik bedeuten.

13. Februar 2020. Meins Weinkeller am Graben. Philipp Trattner erinnert sich genau an die zwei Herren, die in seiner Nähe saßen und plauderten. Trattner, Sektionschef im Sportministerium von Vizkanzler Werner Kogler (vorher war er für Vorgänger Strache tätig), liefert eine detaillierte Beschreibung. Der eine war

demnach ein Lobbyist des Glücksspielkonzerns Novomatic (Gegenstand von Ermittlungen und des U-Ausschusses rund um mögliche Bestechlichkeit von Türkis-Blau). „Er trug weißes Hemd, Jeans, blaues Sakko. Der andere war ein ranghoher Beamter eines ÖVP-geführten Ministeriums.“

Wortüber die beiden mitten in der heißen Novomatic-Phase (Hausdurchsuchungen etc.) sprachen, kann Trattner nicht sagen. Auch nicht die Person, die mit ihm damals am Tisch saß. Jedenfalls kam der Beamte auf die beiden zu, notierte eine Geheimnummer, bat um absolute Vertraulichkeit. Möglicherweise fühlte man sich ertappt.

Und es gibt einen vielsagenden Chatverkehr (mehr als 40 Seiten lang, von Februar bis heute) zwischen einem Geschäftsmann mit besten Kontakten zur ÖVP-



➤ Druck auf Informanten, Angst vor neuen Enthüllungen

und offene Drohung

Spitze und jenem Insider, der im Weinkeller mit Trattner war, der der „Krone“ vorliegt. Zu erkennen sind zunehmende Nervosität und Angst vor Enthüllungen um dubiose Deals mit Novomatic (an den Casinos Austria beteiligt bis Ende 2019), was sich auch in Drohungen manifestiert.

Dem ÖVP-nahen Geschäftsmann wurde später von dem Lobbyisten schriftlich nahegelegt, die Finger von der „Novo-Scheiße“ zu lassen. *„Du bist schon viel zu weit gegangen, ohne dass es*

Dir was bringt, ausgenommen Riesenprobleme“ (siehe Faksimile).

Die Bim als Werbefläche

Dass Novomatic seit 2005 versuchte, Politiker für sich zu gewinnen, um das Glücksspielgesetz zu ändern (also das Monopol der Casinos Austria zu stürzen), ist evident (die „Krone“ berichtete u. a. über einen entsprechenden Masterplan). Dass das Lobbying Teilerfolge erzielte, ebenso (Politiker von Grün, SPÖ und ÖVP dockten bei Novomatic an), zu-

dem konnte man in Wien offensiv für Novomatic-Automaten werben. 2019 zierte eine fordernde Dame Straßenbahnen mit dem Satz *„Und wann kommst du?“*. Nachdem Bürger bei der Stadt Wien gefragt hatten, warum Glücksspielkonzerne bei öffentlichen Betrieben werben dürfen, wurde reagiert. Heute zieren die Öffis Werbungen ähnlicher Machart. Nur geht es um die Bitte, Plasma zu spenden, und nicht darum, sein Geld in Casinos zu tragen.

Erich Vogl



„Ich habe nichts zu verbergen“

„Krone“-Interview mit dem Novomatic-Gründer und Multi-Milliardär Johann Graf zu den höchst brisanten Beschuldigungen

Viele hätten gerne sein Vermögen (er gilt nach Red-Bull-Erfinder Mateschitz als zweitreichster Österreicher), auf die medialen Anwürfe und behördlichen Ermittlungen hingegen würde jeder gern verzichten. Aber einen Johann Graf bringt das nicht aus der Ruhe. Obwohl er normalerweise die Medien meidet wie der Teufel das Weihwasser, war er bereit, zu den aktuellen Angriffen Stellung zu beziehen.

„Ich habe nichts zu verbergen“, stellt er eingangs klar. Als junger Bub musste er für den elterlichen Betrieb (Fleischhauerei und Fremdenzimmer in Perchtoldsdorf) die Lehre als Fleischhauer absolvieren: „Das habe

ich mit Auszeichnung geschafft und war Österreichs jüngster Fleischhauer.“ Geträumt hat er aber mehr vom Besuch der HTL, nach der bestandenen Meisterprüfung machte er sich mit einem Partner selbstständig und importierte z. B. Slotmaschinen aus England, er reparierte sie nicht nur, sondern erfand immer neue Spiele.

1980 gründete er die Novomatic, 1984 die Holding in der Schweiz. Heute liegt der Umsatz bei fünf Milliarden Euro, der Gewinn in normalen Jahren bei mehreren hundert Millionen, mit rund 500 Millionen Euro pro Jahr gilt er als einer der größten Steuerzahler. Aber: Was sollen dann die vie-

len Schenkungen, die so viel Wirbel verursachten? Graf: „Ich gebe lieber mit der warmen als mit der kalten Hand. Jahr für Jahr habe ich zwei Drittel des mir zustehenden Betrages verschenkt, alles andere in der Firma gelassen. 60 Prozent ging an meine Familie, ich habe alles notariell beglaubigen lassen, sogar in die USA wird das jedes Jahr genau gemeldet.“

Kein „Kauf“ einer Lizenz dadurch? Graf: „Ich kenne weder Kurz noch Gudenus. Mein Geschäft läuft heute zu über 90 Prozent im Ausland, wir sind in 70 Ländern mit 30.000 Mitarbeitern vertreten. Mich interessiert vielmehr, wenn es in einem neuen Land Lizenzen gibt.“

Der Auto-Freak (den Maybach hat er kürzlich abgegeben) hat einzelne Beteiligungen verkauft (z. B. zwei Prozent an Benkos Signa Prime und eine Beteiligung an Cherry, wo überschüssige Aktionsware billigst verkauft wird).

Der U-Ausschuss & Co. regen ihn nicht auf: „Das halte ich schon aus, aber lustig ist es nicht . . .“

Georg Wailand

„Wiener Zeitung“, 11.09.2020

Löger und der „ranzige Daumen“

Im Ibiza-U-Ausschuss sagte Ex-Finanzminister Hartwig Löger zur Bestellung Peter Sidlos zum Casag-Vorstand aus.

Wien. Er gilt nicht als Mann der großen Worte und Emotionen: Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP). Auch im Ibiza-U-Ausschuss zeigte er sich während seiner gut vierstündigen Befragung sachlich und ruhig. Ganz verbergen konnte er seinen Unmut über den Verlauf seiner Amtszeit als Minister aber nicht.

Er sei nie Mitglied einer Partei gewesen, hielt Löger fest: „Meine bisherigen Erfahrungen werden die Motivation dahingehend nicht gerade steigern.“ Und nun sei ein „ranziger Daumen“ der einzige Grund, warum er sich strafrechtlich verantworten müsse.

Löger wird in der Causa Casinos beschuldigt. Er soll Teil eines türkisch-blauen Netzwerks sein, das mit dem Glücksspielkonzern Novomatic illegale Absprachen getroffen hat. Dem Konzern soll ein Entgegenkommen bei der Vergabe

von Glücksspiellizenzen versprochen worden sein, im Gegenzug soll Novomatic den FPÖ-Politiker Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos Austrias gehievt haben.

Der Ex-Finanzminister bestreitet das. „Es gab keine politischen

Absprachen bei der Bestellung des Casag-Vorstandes“, sagte Löger. Er beschrieb seine Rolle als „Mediator“ zwischen den Casinos-Anteilseignern Novomatic, der tschechischen Sazka-Gruppe und der Republik Österreich. Zwi-

schen den Eigentümern habe es monatelange Streits gegeben, die er habe auflösen wollen, so Löger. Nach langen Verhandlungen habe man sich geeinigt, dass die drei Hauptaktionäre jeweils einen Vorstand nominieren dürfen. Es wäre ein „Wahnsinn“ gewesen, die Einigung zu kippen, weswegen Sidlo „ein Muss“ gewesen sei.

Dass Novomatic Sidlo für den Posten des Finanzvorstands vorschlug, habe ihn „irritiert“, räumte Löger ein. Novomatic-Eigentümer Johann Graf habe ihm aber auf Nachfrage versichert, dass der Konzern aber hinter Sidlo stehe.

Während des Bestellungsprozesses hatten Löger und Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) Nachrichten ausgetauscht. „Lieber Hartwig! Herzlichen Dank für deine Unterstützung bezüglich Casag!“, schrieb Strache. Löger antwortete mit einem erhobenen

Daumen. Dieser „ranzige Daumen“, so Löger, habe keine Zustimmung symbolisieren sollen. Er habe Strache nach einem langen Arbeitstag in Brüssel den Daumen geschickt, um ihn zu signalisieren: „Gib eine Ruhe.“

Unklarheit zu Ermittlungen

Nach Löger wurde Casinos Austria-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner befragt. Sie erklärte, dass sie keine Wahrnehmung zu einer Absprache zwischen Politikern und der Novomatic habe. Unklarheit herrschte zunächst darüber, ob gegen Glatz-Kremsner ein Strafverfahren anhängig ist. In einem Schreiben des Justizministeriums wird sie als Beschuldigte geführt, die Managerin weiß davon nichts. Offenbar handelt es sich auch um einen Fehler: Gegen Glatz-Kremsner wird nicht ermittelt. ■ (dab)



Löger bestritt politische Deals in der Causa Casinos. Foto: apa/Schlager

„Standard“, 11.09.2020

Löger bestreitet politische Absprachen

Der Ex-Finanzminister beklagte im U-Ausschuss, wegen eines „ranzigen Daumens“ strafrechtlich verfolgt zu werden. Casinos-Chefin Gratz-Kremser verteidigte ihre Millionenabfertigung. An die ÖVP würde sie heute nicht mehr spenden.

Renate Graber, Aloysius Widmann



„So bin ich nicht“, sagte Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) in Anspielung auf ein Zitat des Bundespräsidenten. Im U-Ausschuss bestritt er politische Absprachen in der Casinos-Affäre.

Unter eine Nachricht rund um die Casinos-Bestellung setzte Hartwig Löger einen erhobenen Daumen. „Lass mich in Ruhe“, so interpretiert der ehemalige ÖVP-Finanzminister seine Antwort auf das Dankeschön des blauen Ex-Vizekanzlers Heinz-Christian Strache für die Unterstützung in der Angelegenheit. Dieser „ranzige Daumen“ sei jedenfalls seine einzige Kommunikation zu dem Thema gewesen und dafür verantwortlich, dass jetzt strafrechtlich gegen ihn ermittelt wird, sagte Löger am Donnerstag im Ibiza-U-Ausschuss.

Die Abgeordneten befassten sich unter anderem damit, wie die türkisch-blaue Bundesregierung das Thema Glücksspiel und Postenbesetzungen handhabte. Löger war Finanzminister, als der blaue Bezirksrat Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos ernannt wurde. Sein Kabinettschef Thomas Schmid wurde während Lögers Amtszeit Alleinvorstand der Staatsholding Öbag.

Kein Hintergrund-Deal

„Es gab keine politischen Absprachen, auch wenn Sie mich bei meiner Ehre packen“, versicherte Löger. Die Aktennotiz, wonach der FPÖ-Mann Sidlo für irgendeinen Hintergrund-Deal mit den Blauen „ein Muss“ gewesen sein soll, erklärte der Ex-Finanzminister so: Nach langen Verhandlungen hatte man sich darauf geeinigt, dass jeder der drei Hauptaktionäre – die Republik, die Novomatic und die tschechische Sazka – einen Vorstand nominieren durfte. Dass Novomatic Sidlo ins Spiel brachte, habe ihn „irritiert“. Es

sei ein „Wahnsinn“ gewesen, die Einigung zu kippen. Deswegen sei Sidlo „ein Muss“ gewesen. Löger sei bemüht gewesen, das „Dreigestirn“ der Aktionäre stabil zu halten.

Der U-Ausschuss hinterfragte auch die Bestellung Schmidts an die Öbag-Spitze. Vermutet wird ja, dass die Bestellung des blauen Sidlo zum Casinos-Finanzvorstand mit der Beförderung des türkischen Schmid „verschränkt“ war, was beide Parteien

bestreiten. Darüber hinaus geht die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) dem Verdacht nach, dass Schmid die Ausschreibung für die Öbag-Spitze für sich selbst maßgeschneidert hat.

Schmid sei einer der höchsten Beamten im Haus gewesen und war allein deswegen verpflichtet, auch die entsprechende gesetzliche Grundlage für die Staatsholding voranzutreiben, verteidigte Löger sei-

nen ehemaligen Ressortchef. Er sei fleißig gewesen und habe sich eigens Urlaub genommen, um sich für die Hearings vorzubereiten.

Es sei nicht ungewöhnlich, dass die Staatsholding nur einen Vorstand hat, so Löger. Dies sei auch in den entsprechenden Vorgängerunternehmen so gewesen. Argumente, weswegen man einem Generalsekretär und Kabinettschef verbieten sollte, sich nach einer Aus-

schreibung zu bewerben, würden nicht einleuchten. Für alle genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Ermittlungen eingestellt

Schmid war im Zuge der Casinos-Ermittlungen auch wegen mutmaßlicher Drogendelikte ins Visier der Staatsanwaltschaft gelangt. Die Ermittlungen gegen den Öbag-Chef nach dem Suchtmittelgesetz sind nun eingestellt worden, wie dessen Anwalt sowie die Staatsanwaltschaft am Donnerstag mitteilten.

Nach Löger war Casinos-Vorstandsvorsitzende Bettina Glatz-Kremser geladen. Anlässlich ihres Aufstiegs bekam sie eine Abfertigung von rund 1,6 Millionen Euro. Bei den Casinos sagt man dazu stets, dass die vormalige Finanzvorständin nun weniger verdiene. Auch Glatz-Kremser verteidigte die Abfertigung mit den davor stattgefundenen Gehaltsverzicht.

Ihre Spende von 10.000 Euro an die ÖVP würde sie heute nicht mehr machen – „weil ich nicht damit gerechnet habe, dass das so eine mediale Wirkung hat“, sagte sie. Ihren Kurzzeit-Vorstandskollegen Sidlo habe sie 2018 kennengelernt, als sie beide zu Mitgliedern des Generalrates der Nationalbank bestellt wurden. Von einem angeblichen „Hintergrunddeal“ um Sidlos Bestellung wisse sie nur aus den Medien und habe dazu keine Wahrnehmung.

Nach insgesamt zehn Stunden endete dann die Ausschusssitzung. Wieder kam es aus Zeitgründen nicht zur Befragung einer dritten Auskunftsperson, einem ehemaligen Casinos-Manager.

Als Hartwig Löger lernte, wie Politik wirklich funktioniert

U-Ausschuss. Der Ex-Finanzminister will von vielen Deals aus den Medien erfahren haben.

VON HANNA KORDIK

Wien. Es war am 14. Dezember 2017, Hartwig Löger weiß das noch ganz genau. Um elf Uhr habe ihn Sebastian Kurz angerufen und gefragt, ob er in der bevorstehenden türkis-blauen Regierung Finanzminister sein wolle. Uniq-Manager Löger hatte nur wenige Stunden Zeit für ein Ja oder Nein. Und sagte zu. Seitdem ist viel passiert: Löger war bis Mai 2019 Finanzminister, dann, nach dem Ibiza-bedingten Rücktritt von Heinz-Christian Strache, wurde Löger Vizekanzler. Eine Woche später war er sogar interimistischer Bundeskanzler.

Mittlerweile wird Hartwig Löger in der sogenannten Causa Glücksspiel als Beschuldigter geführt. Am Donnerstag war er als Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss geladen.

Hartwig Löger

Und dort wird gleich bei Lögers Eingangsstatement klar: Er hat mit der Politik gebrochen. Es sei ihm, dem seinerzeitigen Quereinsteiger und Nichtparteimitglied, bloß um Reformen in der Finanzverwaltung, im Steuerrecht, beim Beteiligungsmanagement der Republik,

bei der Bankenaufsicht gegangen. Doch solch hehre Ziele würden Politikern wohl nicht abgenommen. Löger: „Als ich den Familienbonus vorgestellt habe, wurde mir sogar im Bekanntenkreis privates Interesse unterstellt.“ Und dann das Ibiza-Video: „Damit in Zusammenhang gebracht zu werden, ist für meine Familie und für mich beschämend“, sagt Löger. Und er schließt, frei nach Alexander Van der Bellen: „So bin ich nicht.“

Trotzdem: Die Abgeordneten haben viele Fragen an Löger. Nina Tomaselli von den Grünen ist ja der Meinung, dass das Finanzministerium unter Türkis-Blau gleichsam eine Drehscheibe des geplanten „Umbaus der Republik“ gewesen sein soll.

Doch Hartwig Löger gibt relativ wenig Auskunft – weil er nicht kann, wie er sagt. Immer wieder betont er, „in einer Lernphase“ gewesen zu sein. Das „Projekt Edelstein“ etwa – ein angebliches Geheimprojekt, wonach das Bundesrechenzentrum mitsamt höchst sensiblen Daten an die teilstaatliche Post verkauft werden sollte? Löger: Er kenne das Projekt nur aus den Medien, ihm sei es immer nur darum gegangen, das Bundesrechenzentrum effizienter zu gestalten. Und so geht es weiter: Die



Hartwig Löger war Finanzminister nur auf dem Papier, meinen die Abgeordneten der Opposition.

[APX/Schinger]

angeblich geplante Privatisierung der Immobiliengesellschaft ARE? Löger will davon nichts vernommen haben. Der plötzliche Verkaufsstopp für die Auslandstochter der Casinos Austria? Kam nicht von ihm. Und seine Novelle zum Glücksspielgesetz, die bei Nacht und Nebel zurückgezogen wurde? Da habe er nicht gewusst, dass jeder Gesetzesvorschlag mit dem Koalitionspartner koordiniert werden muss. Wieder dazugelernt.

Im Gegensatz zu Gernot Blümel, dessen Erinnerungslücken im U-Ausschuss für große Empörung sorgten, passt Lögers Ahnungslosigkeit für die Abgeordneten der Oppositionsparteien ins Bild: Löger sei bloß ein „Papier-Finanzminister“ gewesen, heißt es, eine Marionette. „Er wusste nicht, was

läuft“, sagt SPÖler Jan Krainer. Das sei eben das „System Kurz“: Lögers Kabinett sei schon vorher ausgesucht worden (Löger sagt, er habe sich das wegen seiner Unerfahrenheit ausbedungen), und dieser „innere Zirkel“ habe eben Entscheidungen getroffen.

Bleibt die Frage, wieso Casinos-Aufsichtspräsident Walter Rothensteiner seinerzeit in einer Aktennotiz festhielt, dass Löger von einem „Hintergrunddeal mit der FPÖ“ gesprochen habe. Und FPÖler Peter Sidlo als Finanzvorstand daher „ein Muss“ sei. Löger relativiert: Es habe davor ewige Streitereien zwischen den Casinos-Hauptaktionären Novomatic und der tschechischen Sazka gegeben. Endlich habe man sich auf neue Vorstände geeinigt. Dass Novomatic just einen FPÖ-Bezirksrat no-

minierte hat, habe ihn zwar gewundert. Aber er habe Rothensteiner gesagt, dass es „ein Wahnsinn wäre, den Novomatic-Kandidaten wieder infrage zu stellen“.

Bettina Glatz-Kremsner

Auch Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner lernt beim U-Ausschuss dazu: FPÖ-Abgeordneter Martin Graf legt mitten in ihrer Befragung ein Schreiben der grünen Justizministerin Alma Zadic vor, wonach auch gegen Glatz-Kremsner ermittelt wird. Der Verfahrensrichter ruft daraufhin im Justizministerium an. Und da stellt sich heraus: Ein Irrtum. Davor hat Glatz-Kremsner dort ausgesagt, dass sie von einem Hintergrunddeal rund um die Bestellung von Peter Sidlo nichts wisse.

Löger: Ein „ranziger Daumen für Strache“

Im Ibiza-U-Ausschuss gab Ex-Finanzminister Löger über Postenschacher Auskunft

Enttäuschter Löger. „So bin ich nicht“ – diese Botschaft auszusenden, war Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) im Ibiza-U-Ausschuss wichtig. In die „Perversitäten des Ibiza-Videos“ verwickelt zu sein, geht Löger nahe.

Warum es überhaupt Ermittlungen gegen ihn beim mutmaßlichen Postenschacher rund um den Ex-Casinos-Austria-Vorstand Peter Sidlo gibt, führt er auf seine „Daumen hoch“-Nachricht an Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache zurück. Strache schrieb damals an Löger: „Lieber Hartwig! Herzlichen Dank für deine Unterstützung bezüglich Casinos Austria! Lg HC“.

Löger sagt, die Nachricht habe ihn geärgert, und er



AP/GEORG HOCHMUTH

Ex-Finanzminister Löger sagte vier Stunden lang aus

habe den Daumen zurückgeschickt nach dem Motto, „gib a Ruh“. Es sei nämlich ein „ranziger Daumen“ gewesen. Zustimmung war der „Daumen hoch“ jedenfalls nicht.

Generell sah er sich im Eigentümerstreit zwischen Novomatic und der tschechischen Sazka-Gruppe als „Mediator“. Als ihm die Nachricht überbracht wurde, dass

sich die Eigentümer auf einen dritten Vorstand und auf ein Vorschlagsrecht geeinigt hatten, war das eine frohe Botschaft für den Ex-Finanzminister, weil Löger hoffte, dass der Streit nun beigelegt werden könne.

Über Sidlo „irritiert“

Dass Novomatic dann Sidlo ins Spiel brachte, habe ihn aber „irritiert“, so Löger. Casinos-Aufsichtspräsident Walter Rothensteiner sei „empört“ gewesen. Allerdings wäre es ein „Wahnsinn“ gewesen, die Einigung zu kippen, weswegen Sidlo schließlich auch „ein Muss“ gewesen sei.

Wenig konnte Löger zu den diversen Privatisierungs-

plänen beitragen. Vom Projekt „Edelstein“, wo klammheimlich der Verkauf des Bundesrechenzentrums an die Österreichische Post AG abgewickelt werden sollte, habe Löger aus den Medien erfahren. Die aufgetauchten Protokolle dazu seien sicher keine „Geheimprotokolle“. Die Idee sei „im Sand verlaufen, weil es keinen Sinn machte“, so Löger.

Für die Opposition war nach der Befragung von Löger klar, dass er nicht mehr als ein „Erfüllungsgehilfe“ war. Für SPÖ und Neos war Ex-Kabinettschef Thomas Schmid der heimliche Finanzminister.

IDA METZGER, E. HOFER

◊ Nächster Akt im U-Ausschuss zu Ibiza und den Folgen ◊ Ex-Finanzminister

Wenn ein einziger Daumen

Gestern war Ex-Finanzminister Hartwig Löger als Auskunftsperson im Ibiza-Untersuchungsausschuss am Wort. Erstmals seit Aufliegen der Affäre trat er in der Öffentlichkeit auf. Er tat dies mit gemischten Gefühlen. Er redete viel – und er will von Deals mit dem Glücksspielkonzern Novomatic im Kontext von möglichem Gesetzeskauf und Postenschacher nichts gewusst haben.

Seneca hätte seine Freude am gestrigen Auftritt von Hartwig Löger beim Ibiza-U-Ausschuss gehabt. Löger zitiert gerne den Denker aus dem antiken Rom, so wie in

Nach Vorwürfen im Ibiza-U-Ausschuss:

Alois-Mock-Institut wehrt sich

Das Alois-Mock-Institut, dessen Präsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) ist, wehrt sich gegen „Unterstellungen und Mutmaßungen der Parteienfinanzierung“ im Ibiza-U-Ausschuss. Man sei keine nahestehende Organisation einer Partei im Sinne des

Parteiengesetzes. Darüber hinaus habe das Institut noch nie an Parteien oder an parteinahe Organisationen gespendet, was Juristen bestätigen würden. Allerdings hat das Institut in einer Zeitung des niederösterreichischen Arbeitnehmerbundes inseriert.

einem Interview nach seiner Installierung als Kanzler Kurz' Finanzminister unter Türkis-Blau. Lieblingszitat: „Es gibt nichts Gutes: Außer man tut es.“ Dies ist zwar nicht vom Stoiker Seneca, sondern von Erich Kästner, dennoch ertrug der gelernte Versicherungsprofi (Ex-Boss von Uniqua, wo der talentierte Herr Kurz einst jobbte) mit stoischer Ruhe die vierstündige Befragung durch die Parlamentarier. Löger redete viel, („Und sagte wenig“, so SPÖ-Mann Jan Krainer.)

Emotional wurde er nur, als es um den berühmten Daumen ging, den er via SMS an Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache schickte, nachdem dieser die Bestellung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria

verkündet hatte. „Der Daumen sollte heißen: Lass mich nun in Ruhe. Und nur deshalb wird gegen mich ermittelt.“ Sidlo war Kandidat von Novomatic (der Glücksspielgigant war bis Ende 2019 an den teilstaatlichen Casinos beteiligt). Löger (als Finanzminister zuständig für das Glücksspiel): „Ich war nicht glücklich. Doch wichtiger war, dass die Mehrheit nicht in die Hände des tschechi-



Ich schließe für mich aus, dass ich in diesem Zusammenhang Tätigkeiten vollzogen hätte. So bin ich nicht. So bin ich nicht. Ich weiß auch nichts von politischen Deals.

Hartwig Löger, Ex-Finanzminister

Hartwig Löger berichtete über mögliche Deals, von denen er nichts wusste

Verhängnisvolles verheißt

schen Konzerns Sazka fällt, sondern österreichisch bleibt.“ Löger sah sich als Mediator zwischen Novomatic und Sazka, von Deals mit der FPÖ habe er nichts gewusst. Auch nicht, was Kabinettsmitglieder getan haben könnten. Auch nicht von Aktivitäten seines (von ihm geschätzten) Ex-Staatssekretärs Hubert Fuchs (FPÖ), gegen den die Justiz ebenso ermittelt; wegen Bestechlichkeit (er wird verdächtigt, Zuwendungen von Novomatic für geplante Gesetzesänderungen angenommen zu haben; es gilt für alle die Unschuldsvermutung). „Ich war Passagier“, sagte Löger. Gleiches hatte auch Fuchs zu Protokoll gegeben.

„Herr Löger lebte offenbar in einer Parallelwelt“, befindet die Grüne Nina Tomaselli. Löger sagte in Anlehnung

an Alexander Van der Bellen den großen Satz: „So bin ich nicht“ (der Präsident hatte nach Ibiza das „wir“ verwendet).

Übrigens: Ein anderer großer Satz, der tatsächlich von Lögers Freund Seneca stammt, beinhaltet das „le-

benslange Lernen“. Ein zeitlos gültiges Motto. Mit Sicherheit parteiübergreifend.

Erich Vogl

Hartwig Löger ist Beschuldigter in der Ibiza-Affäre. Der Ex-Minister wehrt sich: „So bin ich nicht.“



Foto: www.picturedesk.com



„www.orf.at“, 10.09.2020

Befragung stand kurz vor Abbruch

Nach Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) ist Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner dem „Ibiza“-U-Ausschuss Rede und Antwort gestanden. Im Zuge der Befragung tauchte der Verdacht auf, dass gegen Glatz-Kremsner ermittelt werde – zur Überraschung aller Anwesenden und insbesondere der Befragten selbst. Nach längerer Verwirrung zeigte sich: Es gibt keine Ermittlungen. Davor war die Sitzung unmittelbar vor dem Abbruch gestanden.

Schließlich hätten Ermittlungen zum Untersuchungsgegenstand der Auskunftsperson weitgehende Entschlagungsrechte eingeräumt. Besonders problematisch wäre dahingehend gewesen, dass die Befragung zum Zeitpunkt der zwischenzeitlichen Irritation bereits gut zwei Stunden gelaufen war. Aufgetaucht war der letztlich falsche Verdacht über ein von der FPÖ vorgelegtes Schreiben von Justizministerin Alma Zadic vom 21. Juli.

Glatz-Kremsner hatte zwischenzeitlich gesagt, angesichts „ihres unklaren Status“ wolle sie nicht weiter befragt werden und bezog sich auf die Entschlagungsrechte. Nach Rücksprache mit der Leiterin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), Ilse-Maria Vrabl-Sanda, und dem Justizressort wurde die Sache geklärt. Die Mitteilung vom Juli sei „irrtümlich“ erfolgt.

Der Präsident des Nationalrats werde am Freitag darüber informiert, dass die Mitteilung falsch sei. Der U-Ausschussvorsitzende Andreas Hanger, der Wolfgang Sobotka (ÖVP) vertritt, entschuldigte sich im Namen des Ausschusses für den Fehler. Er hoffe, dass auch die zuständigen Behörden noch dementsprechend Stellung beziehen werden.

Spende an die ÖVP als „Herzenswunsch“

Die ehemalige Vizeparteiobfrau der ÖVP – sie war als Verhandlerin bei den Koalitionsgesprächen 2017 im Einsatz – ist nach jahrzehntelanger Tätigkeit im Konzern seit dem Frühjahr 2019 Vorstandsvorsitzende der Casinos Austria. Für Glücksspiel habe sie jedoch niemals politisch verhandelt, auf Fragen von NEOS-Abgeordneter Stephanie Krisper sagte sie, sie habe den Bereich Standort verhandelt.

CASAG sei also kein Thema gewesen. Im Sommer spendete sie 10.000 Euro an die ÖVP – Krisper wollte mehr dazu wissen: Es sei ein „Herzenswunsch“ gewesen, „die Bewegung“ zu unterstützen, auch habe sie ihre Wirtschaftskompetenz einbringen wollen. Bezugnehmend auf die mediale Aufregung, die diese Spende verursachte, würde sie nicht noch einmal an die ÖVP spenden, so Glatz-Kremsner.

Wieso es für ihren Job als Geschäftsführerin keine Ausschreibung gegeben habe, müsse man den Aufsichtsrat fragen. Die SPÖ interessierte sich für die Abfertigung, die Glatz-Kremsner im Zuge ihrer erneuten Bestellung zur Casinos-Chefin erhielt. Details wollte die Auskunftsperson nicht nennen, das gehe in ihren persönlichen Bereich. Glatz-Kremsner legte dar, dass sie auf weit mehr als 25 Prozent Gehalt verzichtet habe.

1,7 Millionen nach Änderungskündigung

Arbeitsrechtlich gesehen sei das eine „Änderungskündigung“ gewesen, also sei ihr auch eine Abfertigung zugestanden, das waren rund 1,7 Millionen Euro. Auch war die Besetzung des Ex-FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo in den Casinos-Vorstand Thema. Er habe sie angesprochen und sein Interesse an einem Vorstandsjob geäußert. Sie habe ihn aber an den Aufsichtsratspräsidenten verwiesen, weil sie ja nicht zuständig gewesen sei.

Um gute Stimmung bemüht

Sie habe bei der Bestellung keinen Einfluss genommen, lediglich habe sie im Sinne der Stimmung ein gutes Verhältnis zu ihm gepflegt. Es sei um die Ruhe im Unternehmen gegangen. Zum vielbesagten „Hintergrunddeal“ wisse sie aus den Medien, sie habe dazu keine Wahrnehmungen. NEOS zitierte aus mehreren Chats, in denen von „Unterstützung“ von Glatz-Kremsner für die Personalie Sidlo die Rede war.

Warum Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann im Rahmen vor der Bestellung schrieb, sie, Glatz-Kremsner sei „auch auf unserer Seite“, möge man Neumann fragen, gab die Befragte an. Mit Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache habe sie nie über Sidlo gesprochen. Ihr Verhältnis zu Neumann, den sie aus dem Aufsichtsrat der Lotterien kenne, sei „professionell“. Apropos Neumann: Auch zur Glücksspielmesse in London nahm sie Stellung.

In London nicht über Sidlo geredet

Zum Hergang: Sie habe Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ) aufmerksam gemacht, dass es eine Möglichkeit sei, dort Stakeholder der Branche zu treffen. Darum habe sie das organisatorisch abgewickelt. Zu den kolportierten Gesprächen zwischen Fuchs und Novomatic-Vertretern (eben besagtem Neumann sowie auch Novomatic-Gründer Johann Graf), bei dem angeblich die Bestellung Sidlos ein Thema gewesen sei, konnte sie nichts sagen.

Bei Treffen mit der Novomatic sei es auch um mögliche Kooperationsmöglichkeiten gegangen. Von Novomatic kaufe man ja beispielsweise auch Maschinen bzw. Spiele. Bernhard K. von der Novomatic kenne sie von Veranstaltungen, warum der über ihren Mittagstermin beim Botschafter in London (anlässlich des Besuchs der Glücksspielmesse) Bescheid wusste, konnte sie nicht sagen.

Anlass für einen Umbau des Casinos-Vorstands sei der damalige Casinos-Vorstand Alexander Labak gewesen, der im Herbst 2018 kundgetan habe, für keine weitere Periode zur Verfügung zu stehen. Installiert wurde im Frühjahr 2019 ein neuer Dreivorstand mit Glatz-Kremsner an der Spitze und Sidlo als Finanzvorstand. Dritter im Bunde war Martin Skopek. Nach Sidlos Ausscheiden habe man sich umorganisiert und die zweite Managementebene stärker eingebunden.

Streit zwischen Eigentümern

Auf ÖVP-Fragen berichtete Glatz-Kremsner über die Stimmung in der CASAG vor dem Vorstandsumbau. Es sei damals auch für sie schwierig gewesen – in der Belegschaft habe es Unruhe gegeben. Belegschaftsvertreter hätten Probleme mit Vorstandschef Labak gehabt. Er habe seine Karriere mehrheitlich im Ausland gemacht, der sozialpartnerschaftliche Umgang mit den Betriebsräten sei ihm nicht gelegen, sagte die Auskunftsperson sinngemäß.

Auch gab es Streit zwischen den Eigentümern. Die Situation im Vorstand sei angespannt gewesen, also habe sich wohl auch der Aufsichtsrat entschlossen, Änderungen vorzunehmen. Die ÖVP zitierte aus der Aussage von Ex-Finanzminister Löger zur Hauptversammlung im Juni 2018, damals stritten Sazka und Republik und Novomatic um die Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern. Sie habe das den Medien entnommen, sagte Glatz-Kremsner, auf ein Unternehmen wirke sich so etwas nie gut aus.

Die Grünen interessierten sich dafür, wieso Glatz-Kremsner nicht Finanzministerin werden wollte, schließlich sei sie als Vertraute von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) von ebendiesem gefragt worden. „Ich kann die Wirtschaft – ich möchte in der Wirtschaft, nicht aus der Wirtschaft sein“, gab die nunmehrige Casinos-Chefin an.

„APA“, 10.09.2020

U-Ausschuss: "Erfüllungsgehilfe" Löger verteidigte Ministerarbeit

Utl.: "So bin ich nicht" - Nachricht an Strache war "ranziger Daumen" - Alois-Mock-Institut wehrt sich

Wien (APA) - Obwohl er von der Opposition zuvor nur als "Erfüllungsgehilfe" bezeichnet worden war, beantwortete Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) am Donnerstag dennoch fünf Stunden lang Fragen im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Seine Arbeit im Ressort verteidigte er, ebenso die Vorstandsbesetzung bei der Staatsholding ÖBAG und die Bestellung des FPÖ-Manns Peter Sidlo an die Casinos-Spitze.

"So bin ich nicht", sagte Löger, der in der Causa Casinos als Beschuldigter geführt wird, zu Beginn seiner Befragung am Donnerstag in Anlehnung an ein Zitat von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Auch im U-Ausschuss blieb er bei seiner bisherigen Verteidigungslinie, er habe sich bei den Casinos Austria lediglich als "Mediator" eingebracht, um die Balance zwischen den drei Kernaktionären ÖBAG, Novomatic und Sazka zu halten.

Löger sagte, er sei als unabhängiger Finanz- und Kapitalmarktexperte in die Regierung gekommen und sei nie Mitglied in einer Partei gewesen - obwohl er Mitglied im ÖVP-Wirtschaftsbund geworden sei. "Meine bisherigen Erfahrungen werden die Motivation dahin gehend nicht gerade steigern", zeigte sich der Ex-Finanzminister enttäuscht über seine eineinhalbjährige politische Karriere.

Die Bestellung des einstigen Generalsekretärs und Kabinettschefs im Finanzministerium, Thomas Schmid, zum Alleinvorstand der ÖBAG verteidigte Löger nach einer entsprechenden Frage von Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl. Dieser sei einer der höchsten Beamten im Haus gewesen und allein deswegen verpflichtet, auch die entsprechende gesetzliche Grundlage für die Staatsholding voranzutreiben.

Ungewöhnlich ist für Löger auch nicht, dass die ÖBAG nur über einen Vorstand verfügt. Dies sei auch in den entsprechenden Vorgängerunternehmen so gewesen. Und: "Ich hätte hinterfragt, ob nicht mehr Häuptlinge als Indianer beschäftigt sind." Der ehemalige Finanzminister konnte auch keine Argumente sehen, weswegen man einem Generalsekretär und Kabinettschef verbieten sollte, sich nach einer Ausschreibung zu bewerben. Von Privatisierungsplänen bei BRZ und ARE wusste er nichts, sagte Löger.

Dass eine Novelle zum Glücksspielgesetz nach nur kurzer Zeit aus der Begutachtung zurückgezogen worden war, bezeichnete Löger als einen seiner ersten "Fehler". Man habe eine entsprechende EU-Vorgabe rasch umsetzen wollen, dabei aber übersehen, dass in der türkis-blauen Regierung alles in der Koordination entschieden werden musste. "Ich war selbst getroffen", so der Ex-Finanzminister, der kein "Präjudiz im Sinne der Missachtung der Koordinationsregel der Regierung" zulassen wollte.

Seine "Daumen hoch"-Nachricht an Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) sieht Löger weiter nicht als Zustimmung zur Besetzung von Sidlo als Casinos-Finanzvorstand. Es sei nämlich ein "ranziger Daumen" gewesen, und dieser "ranzige Daumen ist der einzige Grund, warum ich mich jetzt strafrechtlich verantworten muss", so Löger am Donnerstag im U-Ausschuss.

Die Aktennotiz, wonach der FPÖ-Mann Sidlo für "irgendeinen Hintergrund Deal mit den Blauen" "ein Muss" gewesen sein soll, erklärte der Ex-Finanzminister so: Nach langen Verhandlungen hatte man sich darauf geeinigt, dass jeder der drei Hauptaktionäre einen Vorstand nominieren durfte. Dass Novomatic Sidlo ins Spiel brachte, habe ihn aber "irritiert", so Löger. Allerdings wäre es ein "Wahnsinn" gewesen, die Einigung zu kippen, weswegen Sidlo schließlich auch "ein Muss" gewesen sei.

Zu Beginn der Sitzung hatte FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker erneut versucht, das Sammeln von belastendem Material gegen die FPÖ durch die ÖVP zu thematisieren: Löger habe ein Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) als Vertrauensperson im Untersuchungsausschuss nominiert, das aus diesem Grund im Ibiza-Akt "prominent" vorkomme und bei einem möglichen VfGH-Verfahren über die Vorlage des Ibiza-Videos entscheiden könnte. Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl sah keine Befangenheit, zumal der VfGH doch mehrere Mitglieder habe, die nicht immer alle zum Einsatz kämen.

Nach Löger war Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner geladen, die sich wegen einer Abfertigung in Millionenhöhe rechtfertigen muss, nachdem sie bereits einen Folgevertrag angenommen hatte. Die dritte Auskunftsperson, Ex-Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher, dürfte dem Vernehmen nach abermals nicht kommen, nachdem er sich bereits beim ersten Mal krankgemeldet hatte. Stattdessen soll ein ehemaliger Casinos-Manager aussagen.

Zu einer "Klarstellung" sah sich am Donnerstag indes das Alois-Mock-Institut genötigt, nachdem dessen Präsident Sobotka am Vortag dazu befragt worden war. Man sei keine "nahestehende Organisation" einer Partei, weshalb auch sämtliche Regelungen des Parteiengesetzes keine Anwendung finden könnten, hieß es unter Berufung auf eine juristische Prüfung. Das Institut verwehrte sich damit gegen die "geäußerten Unterstellungen und Mutmaßungen der Parteienfinanzierung aus dem Untersuchungsausschuss".

„APA“, 10.09.2020

U-Ausschuss - Löger: Werde wegen eines "ranzigen Daumens" beschuldigt

Utl.: Ex-Finanzminister: "Ranziger Daumen ist der einzige Grund, warum ich jetzt strafrechtlich verantworten muss" - Löger schrieb Strache eine "Daumen hoch"-Nachricht Sidlo betreffend

Wien (APA) - Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) sieht seine "Daumen hoch"-Nachricht an Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) weiter nicht als Zustimmung zur Besetzung von Peter Sidlo als Casinos-Finanzvorstand. Es sei nämlich ein "ranziger Daumen" gewesen, und dieser "ranzige Daumen ist der einzige Grund, warum ich mich jetzt strafrechtlich verantworten muss", so Löger am Donnerstag im U-Ausschuss.

Er habe dies schon in der ORF-Diskussionssendung "Im Zentrum" versucht zu erklären. Strache schrieb Löger: "Lieber Hartwig. Bezüglich Casino-Vorstand ist Peter Sidlo auf Schiene? Danke für Deine Unterstützung!" Löger sagt, die Nachricht habe ihn geärgert und er deshalb den Daumen zurückgeschickt, nach dem Motto, "gib a Ruh".

Die Aktennotiz, wonach der FPÖ-Mann Sidlo für "irgendeinen Hintergrund Deal mit den Blauen" "ein Muss" gewesen sein soll, erklärte der Ex-Finanzminister so: Nach langen Verhandlungen hatte man sich darauf geeinigt, dass jeder der drei Hauptaktionäre einen Vorstand nominieren durfte. Dass Novomatic Sidlo ins Spiel brachte, habe ihn aber "irritiert", so Löger. Allerdings wäre es ein "Wahnsinn" gewesen, die Einigung zu kippen, weswegen Sidlo schließlich auch "ein Muss" gewesen sei.

„APA“, 10.09.2020

U-Ausschuss - Ex-Finanzminister Löger: "So bin ich nicht"

Utl.: Löger skizzierte seine Arbeit als Finanzexperte - Enttäuscht über Vorwürfe aus seiner politisch aktiven Zeit

Wien (APA) - Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), der in der Causa Casinos beschuldigt wird, will von dem Trubel, der im Ibiza-U-Ausschuss behandelt wird, nichts mitbekommen haben. "So bin ich nicht", sagte Löger am Donnerstag als Auskunftsperson, in Anlehnung an ein Zitat von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Immerhin habe dieser ihm dreimal in eineinhalb Jahren das Vertrauen ausgesprochen, so Löger.

Weil er die Wertschätzung gegenüber dem Parlament immer gelebt habe, gebe er gerne Auskunft. Löger verwies auf das Protokoll seiner ersten, dreistündigen Einvernahme bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) im Dezember 2019, dieses würde viele Fragen schon beantworten. Eine zweite für April 2020 geplante Einvernahme sei coronabedingt auf den 22. September 2020 verschoben worden. Es gebe im Strafakt aber noch Teile, die er als Beschuldigter noch nicht einsehen durfte, bat Löger um Verständnis, sollte er Fragen nicht beantworten können.

Löger blieb im U-Ausschuss bei seiner bisherigen Verteidigungslinie, er habe sich bei den Casinos Austria lediglich als "Mediator" eingebracht, um die Balance zwischen den drei Kernaktionären ÖBAG, Novomatic und Sazka zu halten. "Es traf mich umso mehr", so Löger, dass es Sazka dann inmitten der Postenaffäre um Peter Sidlo gelungen ist, die Mehrheit bei den Casinos zu übernehmen.

Löger sagte, er sei als unabhängiger Finanz- und Kapitalmarktexperte in die Regierung gekommen und sei nie Mitglied in einer Partei gewesen. "Meine bisherigen Erfahrungen werden die Motivation dahingehend nicht gerade steigern", zeigte sich der Ex-Finanzminister enttäuscht über seine eineinhalbjährige politische Karriere. Löger schilderte auch, dass er im privaten Kreis beschuldigt worden sei, er habe den Familienbonus, der Eltern steuerlich begünstigt, nur eingeführt, weil "unsere Tochter uns drei Monate danach eine Enkeltochter geschenkt hat".

Löger skizzierte den Abgeordneten seine inhaltliche Arbeit an einer Steuerstrukturreform, gemeinsam mit dem "tollen Experten" Hubert Fuchs, dem Staatssekretär der FPÖ im Finanzministerium. Er verwies auch auf seine Pläne zu einer Reform der Finanzmarktaufsicht und die Änderungen an der Staatsholding ÖBIB, die zur ÖBAG wurde. Ihm sei es immer darum gegangen, in der Sache die richtigen Entscheidungen zu treffen, so Löger. Es sei für ihn mehr als beschämend, mit dem Ibiza-Video in Verbindung gebracht zu werden. "Es fällt nicht einfach, sich damit auseinanderzusetzen."

Die Bestellung des einstigen Generalsekretärs und Kabinettschefs im Finanzministerium, Thomas Schmid, zum Alleinvorstand der ÖBAG verteidigte Löger nach einer entsprechenden Frage von Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl. Dieser sei einer der höchsten Beamten im Haus gewesen und allein deswegen verpflichtet, auch die entsprechende gesetzliche Grundlage für die Staatsholding voranzutreiben.

Ungewöhnlich ist für Löger auch nicht, dass die ÖBAG nur über einen Vorstand verfügt. Dies sei auch in den entsprechenden Vorgängerunternehmen so gewesen. Und: "Ich hätte hinterfragt, ob nicht mehr Häuptlinge als Indianer beschäftigt sind." Der ehemalige Finanzminister konnte auch keine Argumente sehen, weswegen man einem Generalsekretär und Kabinettschef verbieten sollte, sich nach einer Ausschreibung zu bewerben.

Dass eine Novelle zum Glücksspielgesetz nach nur kurzer Zeit aus der Begutachtung zurückgezogen worden war, bezeichnete Löger als einen seiner ersten "Fehler". Man habe eine entsprechende EU-Vorgabe rasch umsetzen wollen, dabei aber übersehen, dass in der türkis-blauen Regierung alles in der Koordination entschieden werden musste. "Ich war selbst getroffen", so der Ex-Finanzminister, der kein "Präjudiz im Sinne der Missachtung der Koordinationsregel der Regierung" zulassen wollte.

Die wieder fallen gelassene "Operation Edelstein", also den Versuch einer Privatisierung des Bundesrechenzentrums, sah Löger nicht besonders brisant. Die aufgetauchten Protokolle dazu seien sicher keine "Geheimprotokolle" und: "Ich kenne kein Hinterzimmer." Tatsache sei, dass schon Vorgängerregierungen versucht hätten, die Effizienz und Effektivität des Bundesrechenzentrums zu optimieren.



U-Ausschuss-Vorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) wechselte am Mittwoch in den Befragtenstand.

Die Befragung des Vorsitzenden

Sobotka erinnert sich an gemeinsame Interessen von Novomatic und dem Alois-Mock-Institut. Wo das Büro des von ihm gegründeten Vereins war, weiß der Nationalratspräsident nicht mehr.

Renate Graber, Aloysius Widmann

Den Tag der Vereine rief die grüne Fraktionssprecherin Nina Tomaselli am Mittwoch aus. Noch treffender hätte sie die erste Sitzung des Ibiza-Untersuchungsausschusses nach der Sommerpause als „Tag des Wolfgang Sobotka und des Alois-Mock-Instituts“ bezeichnen können.

Geladen war mit Sobotka (ÖVP) zunächst nämlich kein Geringerer als der Vorsitzende des U-Ausschusses höchstselbst. Und geladen wurde der Nationalratspräsident unter anderem, weil er 2012 das Alois-Mock-Institut gegründet hat – eine Vorfeldorganisation der ÖVP mit Nähe zur Novomatic, wie die Opposition mutmaßt.

Die Opposition erhoffte sich von der Befragung Sobotkas Auskünfte zu Vereinskonstruktionen im Umfeld der Volkspartei. Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper wollte etwa wissen, ob das Mock-Institut im April 2012 gegründet wurde, weil kurz darauf, im Juli, das Parteiengesetz geändert wurde: Ab da muss-

ten auch Inserateneinnahmen von parteinahen Organisationen im Rechenschaftsbericht von Parteien offengelegt werden. Sobotka schloss das aus. Der Verein habe nie an die ÖVP gespendet.

Sobotka verteidigte den Verein als bürgerlichen Thinktank. Dass das Institut bis unlängst eine Durchwahl der ÖVP Niederösterreich hatte und somit Infrastruktur der Partei nutzte, sei etwas, worum er sich nicht gekümmert habe, so Sobotka. Die frühere Büroadresse kenne er nicht, weil man dort nie getagt habe. „Nachdem wir nicht allzu viel Geld hatten, hatten wir anfangs ein kleines Büro.“

Jedenfalls wunderte sich Krisper auch, wie das Budget des Vereins zustande kam. 36.000 von 250.000 Euro seien über Inserate eingegangen. „Und das restliche Geld?“, wollte sie wissen. Aus Veranstaltungen, von Kooperationspartnern, antwortete Sobotka. Ein solcher Kooperationspartner sei auch die Novomatic. Dass diese in einem Magazin des

Mock-Instituts inseriert und der Verein in den Räumlichkeiten der Novomatic Events veranstaltet hat, seien „keine Sachleistung“ im Sinne des Parteienfinanzierungsgesetzes, sondern eine „Kooperationsleistung“. Man habe eben überlappende Interessen gehabt, zum Beispiel an Osteuropa, das den Glücksspielkonzern als Markt interessiere.

Indirekte Finanzierung

Allerdings bestätigte Sobotka, dass es indirekte Geldflüsse von Inserenten an den Arbeitnehmerflügel der ÖVP Niederösterreich (NÖAAB) gab, dessen Landesobmann Sobotka ebenfalls ist. Unternehmen inserierten im „Mock-Réport“, das Mock-Institut inserierte in einem NÖAAB-Magazin. Zu Marktpreisen, wie Sobotka hervorhob. Und ohne Gegenleistung.

Der Opposition ging auch der angeblichen Nähe Sobotkas zur Novomatic nach. Dass er den einstigen Novomatic-Chef Harald Neumann öfter getroffen habe, auch während

der angeblichen Absprachen zur Causa Postenschacher, bestreitet Sobotka auch nicht. Beim Treffen im Juni 2019 sei es aber ausschließlich um Wirtschaft und Arbeitsplatzsicherung gegangen, sagt er. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Nach Sobotka war Bernhard K. vor den Ausschuss geladen. Dieser war vor seiner Zeit als Novomatic-Sprecher Mitarbeiter Sobotkas. Er sagte aus, den Kontakt zwischen Neumann und dem früheren Casinos-Finanzchef Harald Sidlo hergestellt zu haben. K. musste zuvor bis zum Nachmittag warten, Sobotkas Befragung zog sich.

Dies auch wegen einer Premiere: SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer wollte „probeweise“ eine Szene aus dem Ibiza-Video sehen. Weil das Material erst Dienstag geliefert wurde, mussten – um die Persönlichkeitsrechte zu wahren – die Sequenzen zuerst begutachtet werden, wie der Ausschussvorsitz klarstellte. Rund zehn Minuten dauerte das.

Kolumne Scheuba Seite 31

FLORIAN SCHEUBA

Drei Schmiedln und ihre Schmiede



Die Behauptung, dass der durch das Ibiza-Video ausgelöste „Novomatic zahlt an alle drei“-Skandal eine zu komplexe Materie und daher für

Außenstehende nicht durchschaubar sei, wurde an dieser Stelle schon des Öfteren als Vernebelungsversuch von an der Nichtaufklärung der Affäre Interessierten bloßgestellt. Aber auch ich muss zugeben: Manche Aspekte der Geschichte sind ein wenig verwirrend. Zum Beispiel die Tatsache, dass drei wesentliche Minus-Männer sehr ähnliche Namen tragen: Schmitt, Schmidt und Schmid.

Um allfälligen Verwechslungen vorzubeugen, hier eine kleine Orientierungshilfe:

Richard Schmitt ist hauptberuflich Verfasser von Texten, die in einschlägigen Medien veröffentlicht werden. Dabei kooperiert er häufig mit H.-C. Strache, was von Schmitts früherem Arbeitgeber *Kronen Zeitung* bis vor Bekanntwerden des Ibiza-Videos durchaus gewünscht war. Danach galt dies jedoch als Entlassungsgrund und führte nahezu zwangsläufig zu seinem Engagement bei der maximal kooperationsflexiblen käuflichen *Gratias*-, „Zeitung“ *Österreich*. Der Satz „Wenn Richard Schmitt was schreibt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht stimmt, recht hoch“ ist ähnlich gewagt wie die

Aussage „Wenn Donald Trump was sagt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht hochintelligent ist, recht hoch“. Trotzdem hat Schmitt dagegen geklagt und dieser Tage erwartungsgemäß in erster Instanz verloren.

Gert Schmidt ist Novomatic-Lobbyist. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde er Ende der 1980er-Jahre, als Zeitungen von der spektakulären Verhaftung des zuvor wegen Betrugsverdacht zur Fahndung ausgeschriebenen Pleitiers berichteten. Nun taucht im Zuge der Novomatic-Ermittlungen sein Name im Zusammenhang mit einem Mann auf, bei dem es höchst verwunderlich gewesen wäre, wenn er ausgerechnet in diesen Polit-Korruptionsskandal nicht involviert

wäre: Dieter Böhmendorfer. Aus dessen Kanzlei wurden von Schmidt erarbeitete „Vorschläge für ein neues Glücksspielgesetz“ an das Finanzministerium geschickt. Dass diese „Vorschläge“ für Novomatic maßgeschneidert waren, versteht sich von selbst.

Thomas Schmid schließlich ist Noch-Vorstand der Öbag. Prognosen, wie lange dieses Noch noch dauert, tendieren zu immer kürzeren Zeiträumen, was hauptsächlich an der voranschreitenden Auswertung seiner Handynachrichten durch die Korruptionsstaatsanwaltschaft liegt. Diese machen vor allem Personen aus dem unmittelbaren Umfeld von Sebastian Kurz zusehends weniger Freude.

Und damit sind wir bei einer

echten Gemeinsamkeit der Namensähnlichen: Alle drei Schmiedln haben einen Schmied. Bei „Schmalbart-News“-Schmitt ist es Strache, Böhmendorfer-Spezl Schmidt darf sich auf Novomatic-Besitzer Graf berufen, und der unter massivem Chat-Leak leidende Schmid gilt als Erfindung von Kurz.

Genau das aber könnte für Schmid zum Problem werden. „Ich lege für niemanden meine Hand ins Feuer“, sagte der Bundeskanzler beim U-Ausschuss in einer Verhandlungspause zu Journalisten. Just vor der Einvernahme von Schmid. Oder anders formuliert: Wenn Sebastian Kurz was andeutet, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht zufällig ist, recht hoch.

Sobotka: „Was wollen

U-Ausschuss. Wolfgang Sobotka musste vier Stunden lang dieselben Fragen beantworten. Er machte seinem Ärger Luft. Das war ganz im Sinn der Opposition.

VON ANNA THALHAMMER
UND HELLIN JANKOWSKI

Wien. Niederösterreichischer Finanzlandesrat. Innenminister und Scharfmacher der ÖVP. Nationalratspräsident. Vorsitzender im Ibiza-U-Ausschuss. Zeuge in selbigem. Dass Wolfgang Sobotka situationselastisch ist, hat er oft bewiesen. Nach dem U-Ausschusstag am Mittwoch wird aber ein Kraftakt nötig sein, um den Rollenwechsel über Nacht zum überparteilichen, besonnenen U-Ausschussvorsitzenden wieder zu schaffen. Denn Sobotka tat der Opposition den großen Gefallen, auf Provokationen hereinzufallen und seinem Ärger Luft zu machen.

Die Strategie

Die Opposition verlangt seit Wochen Sobotkas Rücktritt, wirft ihm Befangenheit vor. Er soll so manchen Zeugen zu viel in Schutz genommen haben und kritische Fragen mehrfach nicht zugelassen haben. Sobotka stellt das ebenso in Abrede wie eine mögliche Befangenheit. Außerdem wurde auch ein Institut Thema im U-Ausschuss, dem Sobotka als Präsident vorsteht. Die Abgeordneten vermuten, dass darüber verschleierte Parteispenden laufen. Sobotka musste am Mittwoch deswegen vom Stuhl des Vorsitzenden auf den der Zeugen wechseln.

Das Ziel der Opposition ist klar: Sie will nachweisen, dass Sobotka den Vorsitz im U-Ausschuss nicht weiter innehaben kann. Sobotka gilt als reizbar und impulsiv. Der Plan der Opposition: ihn aus der Fassung zu bringen.

Die Befragung

Im Zentrum der mehrstündigen Befragung steht eben das Alois-Mock-Institut. Wolfgang Sobotka ist dessen Präsident. Er bezeichnet es als bürgerlichen Thinktank, der „nichts mit der ÖVP zu tun hat“. Der keine Subventionen bekomme und gemeinnützig sei. Die Opposition sieht das anders: Das Institut bekam für eine dünne Druckbroschüre 2017 und 2018 je rund 40.000 Euro an Inserat-Geldern. Zu den Inserierenden gehören das Land Niederösterreich, die Hypo Niederösterreich, die EVN und Novomatic. Sobotka gibt an, dass es sich um Kooperatio-



nen handelt hat. Dass der Verein zwar gemeinnützig sei, aber auch Geld verdienen müsse. SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer weist nach, dass das Institut der ÖVP doch näher steht, als Sobotka angibt. Es teilt sich etwa Telefonnummern und einen Briefkasten mit der ÖVP. Ebenso, dass etliche Mitarbeiter des Instituts bei der ÖVP sind – und dass sich das Institut in einem Inserat des NÖAAB wiederfindet. Der NÖAAB ist eine offizielle Teilorganisation der ÖVP. Ungeachtet ist das wohl aber nicht.

Die Fragen wiederholen sich während der vierstündigen Vernehmung – und Sobotka ist zunehmend verärgert. Vor allem die Fragen der Neos-Fraktionsführerin, Stephanie Krisper, bringen ihn aus der Fassung. „Was glauben Sie, wer ich bin? So wichtig war das Alois-Mock-Institut dann auch wieder nicht“, sagt er verärgert. „Was wollen Sie von mir?“ Immer wieder sagt Sobotka empört, dass er nicht verstehe, was die Fragen der Abgeordneten mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben. Und dass er Fragen nicht beantworten wolle. Vorsitzende Doris Bures hat zu tun, dass die hitzige Debatte nicht eskaliert – die von einer Sekunde zur nächsten wieder in Unterküh-

Sie von mir?“



Wolfgang Sobotka musste sich am Mittwoch den Fragen der Abgeordneten stellen. Nicht nur die hohen Temperaturen im U-Ausschusslokal brachten ihn ins Schwitzen.

[APN]

lung umschlägt. Das passt übrigens zum Raumklima: Während die Temperaturen im U-Ausschuss-Lokal wegen ausgefallener Lüftung auf über 30 Grad klettern und für rote Köpfe bei den Abgeordneten sorgen, frieren die Journalisten im Nebenraum. Über den Sommer wurde eine Lüftung eingebaut. Sie funktioniert hervorragend.

tei nur Überschreitung melden, sagen das dem Rechnungshof und zahlen 600.000 Strafe.“ Gudenus: „Wennst 20 Millionen hast, kannst auch Strafe zahlen.“ Im Wahlkampf 2017 hat die ÖVP die Wahlkampfkostenobergrenze um fast das Doppelte überschritten und musste 800.000 Euro Strafe bezahlen.

Das Video

Das teils geschwärzte Ibiza-Video wurde Dienstagmittag an das Parlament geliefert. Die Abgeordneten hatten das Material am Mittwoch noch nicht ganz gesichtet. Eine neue, kleine Sequenz wird aber gezeigt. Es handelt sich um ein Gespräch, das 2017 in der Finca auf Ibiza stattfand. Es wird über Spenden an die ÖVP gesprochen. Strache sagt: „Siegfried Wolf und Porsche und Benko. Alle haben über 20 Millionen bereits für den Kurz in den Topf geworfen.“ Gudenus darauf: „Ja. Sie umgehen das. Mit Vereinen.“ Strache: „Die gehen in den Wahlkampf und hauen 20 Millionen hinein. Und brauchen dann eine ... Hausnummer ... bei der Par-

Der Pressesprecher

Die zweite Auskunftsperson ist Bernhard K., Ex-Pressesprecher von Novomatic. Er wird von der Staatsanwaltschaft als Beschuldigter geführt. K. gründete mit Peter Sidlo eine Firma und war auch sonst vernetzt mit jenen FPÖ-nahen Personen, die als Beschuldigte in der Vereinscausa geführt werden. Aus Chatnachrichten geht hervor, dass K. (einst im Kabinett von Ex-ÖVP-Innenminister Ernst Strasser) Drehscheibe zwischen Politik und Novomatic war. Es gab mit ihm akkordierte Aussendungen von Politikern – auch in die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen soll K. eingebunden gewesen sein. Warum Ministerien solche mit Novomatic abstimmen, sei dahingestellt.

„Österreich“, 10.09.2020

U-Ausschuss: Sobotka fünf Stunden gegrillt



Sobotka:
Zu Spenden
befragt.

Turbulente Befragung ++ Spenden an Mock-Institut gingen an ÖAAB

Erstmals war ein Chef eines U-Ausschusses selbst Zeuge: Wolfgang Sobotka.

Wien. Und dem Nationalratspräsidenten fiel der Seitenwechsel nicht immer leicht: Als er vom FPÖ-Abgeordneten Christian Hafenecker befragt wurde, erklärte er die Frage für nicht zulässig. Die amtierende Vorsitzende Doris Bures (SPÖ) fuhr dazwischen – Sobotka musste antworten.

Doch worum ging es? Thema am Mittwoch waren Parteispenden für parteinahe Vereine. Sobotka ist Präsident des Alois-Mock-Instituts, das Zuwendungen des Glücksspielkonzerns Novomatic erhielt. Allerdings stritt der Nationalratspräsident vehement ab, dass sein Verein zur ÖVP gehöre. Auf den Vorhalt des SPÖ-Abgeordneten Jan Krainer, dass

das Alois-Mock-Institut bis vor Kurzem eine Durchwahl der Telefonnummer der ÖVP NÖ hatte, konterte er: Um diese Dinge habe er sich nicht gekümmert, er kenne auch nicht die frühere Büroadresse nicht.

Geldflüsse vom Institut zum AAB sind bestätigt

Dann die Bombe: Sobotka bestätigte, dass es indirekte Geldflüsse von den Partnern des Alois-Mock-Instituts in Form von Inseratengeldern an den Arbeitnehmerflügel der ÖVP NÖ, den NÖAAB gab. Landesobmann: natürlich Wolfgang Sobotka.

Mock-Report. Konkret schalteten Firmen wie Novomatic Inserate im Mock-Report, der Zeitschrift des Instituts. Dieses wieder schaltete Inserate im Magazin *Arbeiten für Niederösterreich* des



Sobotka kommt als Zeuge – und wurde 5 Stunden „gegrillt“.



Skurril: Ventilatoren sorgten für ausreichend Zugluft.

Arbeitnehmerbunds – freilich: Illegal ist das nicht.

5 Stunden. Sobotkas Befragung dauerte rund fünf Stunden. Die Neos hätten sich gewünscht, dass er den Vorsitz des Ausschusses zurücklegt. Das wird aber nicht passieren: Heute sitzt Sobotka wieder am Chefessel.

Sobotka im Ibiza-Ausschuss: »Weiß nicht, wo unser Büro war«

■ WAS MACHTE ER IM ALOIS-MOCK-INSTITUT?

„Meine Aufgabe war es, Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen herzustellen. Mit der Novomatic wurden Möglichkeiten ausgelotet.“

■ BÜRO IM ÖVP-HAUS?

„Ich kenne nicht die frühere Büroadresse, weil man dort nie getagt hat. Nachdem wir nicht allzu viel Geld hatten, hatten wir anfangs ein kleines Büro.“

■ SEIT WANN SASS ER IM VORSTAND DER VP-AKA- DEMIE? „Da muss ich nach- schauen, ich weiß es nicht.“

■ WIE VIEL ZAHLTE MOCK- INSTITUT DER ÖAAB-ZEIT- SCHRIFT? „Es ging nicht um große Summen.“

■ ALS SOBOTKA DEN FRA- GENSTELLER CHRISTIAN HAFENECKER MASSREGEL- TE, FUHR BURES DAZWI- SCHEN: „Ich ersuche, die Beurteilung, ob eine Frage zulässig ist, mir und dem Verfah- rensrichter zu überlas- sen. Sie müssen diese Frage beantworten.“



Nationalratspräsident und Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP) will die Ausschussführung nicht abgeben.

BILD: SHUTTERSTOCK/SCHLAGER

Ein Präsident im Zeugenstand

Nationalratschef Sobotka musste erklären, warum ein ÖVP-naher Verein nichts mit der ÖVP zu tun hat, aber dennoch Inseratengelder geflossen sind. Davor gab es die Premiere des Ibiza-Videos.

MARIAN SMETANA

WIEN. Ein unscharfes Bild von drei Männern, aus einem verzerrten Winkel gefilmt, und schwer verständliche, abgehackte Sätze. Filmpremiere im Ibiza-U-Ausschuss. Rund 15 Sekunden des Ibiza-Videos wurden am Mittwoch im Untersuchungsausschuss vorgespielt. Auch vor Journalisten. In der kurzen Videosequenz spricht Strache davon, dass Unterstützer der ÖVP 20 Millionen Euro in einen Topf geworfen haben sollen. SPÖ-Abgeordnete Kai Jan Krainer vermutet, dass es dabei um Vereinskonstruktionen zur Parteienfinanzierung ging.

Auch in zukünftigen Ausschusssitzungen sollen Videosequenzen vorgespielt werden. Zumindest jene Teile, die nicht ohne Bild und Ton sind. SPÖ, Neos und FPÖ bekräftigten einmal mehr, dass sie das gesamte Video geliefert haben wollen.

Der erste Tag in der Herbstfrageunde stand nicht nur in Sachen Ibiza-Film unter dem Motto „Rollentausch“. Zu einem Rollentausch kam es auch durch die Vorladung des Nationalratspräsidenten und Ausschussvorsitzenden Wolfgang

Sobotka als Auskunftsperson. Hintergrund ist Sobotkas Aktivität als Obmann (bis 2019) und Präsident des Alois-Mock-Instituts.

Für SPÖ, Neos und FPÖ ist das Institut klar ein parteinaher Verein. Das Institut erhielt auch Geld vom Glücksspielkonzern Novomatic, dessen Involvierung in die Casinos-Affäre sowie mutmaßliche verdeckte Parteispenden im U-Ausschuss untersucht werden. Konkret hatte

Sobotka wurde von Vorsitzender ermahnt

die Novomatic dem Institut von 2017 bis 2019 insgesamt 14.000 Euro für Inserate im „Mock-Report“ überwiesen.

Für die Opposition besteht der Verdacht, dass deutlich mehr Geld geflossen sein dürfte und es sich dabei um verdeckte Parteispenden handeln könnte.

Sobotka tat sich mit dem Rollentausch im U-Ausschuss sichtlich schwer. Immer wieder antwortete nicht auf Fragen, sondern sprach davon, dass diese nicht den Untersuchungsgegenstand umfassen. Da-

für kassierte er eine Ermahnung der Zweiten Nationalratspräsidentin und Aushilfsvorsitzenden Doris Bures (SPÖ). Sie erinnerte Sobotka daran, die Debatte über die Zulässigkeit von Fragen dem Verfahrensrichter zu überlassen. „Herr Präsident, ich habe das Mikrofon.“ Die Stimmung war von Beginn an durchaus hitzig und Sobotka gab sich nicht sehr auskunftsfreudig.

Immer wieder drehte sich das Gespräch eben um das Alois-Mock-Institut. Die Neos stellten sogar in den Raum, dass das Institut nur gegründet worden sei, um das damals im Juni 2012 neu geregelte Parteienfinanzierungsgesetz zu umgehen. Der Verein wurde im April 2012 gegründet und teilte sich einen Postkasten mit mehreren ÖVP-Vereinen. SPÖ-Abgeordneter Kai Jan Krainer hielt Sobotka auch vor, dass das Institut bis vor Kurzem eine Telefonnummer der ÖVP-Niederösterreich genutzt habe.

Warum wollte die Opposition die Verbindung aufzeigen? Weil Sobotka, auch in seiner Aussage vor dem Ausschuss, immer wieder erklärte, dass das Institut nicht so eng an die ÖVP gebunden war wie von der Op-

position dargestellt. „Wir haben mit Parteien nie etwas zu tun gehabt“, sagte Sobotka. Man habe nie von der ÖVP einen Auftrag erhalten und „wir haben nie von der ÖVP Strukturen vorgegeben bekommen. Es gibt keinen Einfluss auf das Institut“, so Sobotka. Das Institut unterliege auch nicht dem Parteienfinanzierungsgesetz, wiederholte Sobotka mehrfach. Die SPÖ will das prüfen lassen.

Der ÖVP-Abgeordnete Wolfgang Gerstl wiederum will das Treffen von SPÖ-Mitgliedern mit Novomatic-Leuten untersuchen. Genau solche Kontakte mit Novomatic-Managern wurden Sobotka auch von den Neos vorgeworfen. Der verteidigte die Treffen. Novomatic sei ein wichtiges Unternehmen.

Sobotka bestätigte in der Befragung überraschend, dass es indirekt Geldflüsse von den Partnern des Alois-Mock-Instituts in Form von Inseratengeldern an den Arbeitnehmerflügel der ÖVP NÖ gab, dessen Obmann Sobotka ist. Für die SPÖ ein überraschendes Geständnis, für Sobotka kein Problem, weil es immer Gegenleistungen für die Inserate gegeben habe.

Der ständige Kampf um die Akten

Video

Notfalls soll das Ibiza-Video, wenn es nach SPÖ, FPÖ und Neos geht, durch einen Beschluss des Verfassungsgewichtshofs an den U-Ausschuss geliefert werden. Denn das Video, das von der Oberstaatsanwaltschaft geliefert wurde, ist nicht vollständig und über weite Strecken ohne Bild und Ton. Die Staatsanwaltschaft schwärzt alles, was nicht strafrechtlich relevant ist. Rätselraten gibt es bei den Abgeordneten auch über zwei Transkripte des Videos. Eines ist zum Großteil geschwärzt, das andere nur in Teilen. Die Klubs wollen die 180 Seiten nun analysieren und nehmen neben der Justiz auch das Innenministerium in die Pflicht, das Video zu liefern. Immerhin besitzt die „SOKO Tape“ der Polizei ebenfalls das gesamte Video.

Kalender

Die Opposition kritisiert nicht nur den Erhalt des unvollständigen Videos, das den Abgeordneten in einem eigenen Vorführsaal zur Verfügung steht, sondern auch die fehlenden Akten aus dem Kabinett des ehemaligen und jetzigen Bundeskanzlers Sebastian Kurz (ÖVP). Laut Opposition fehlen etwa Kalendererträge aus dem Kanzleramt. Auch diese Lieferung könnte theoretisch beim Verfassungsgerichtshof durchgefochten werden. Allerdings müsste der U-Ausschuss die angeforderten Dokumente konkret benennen – davor müsste er wissen, welche Unterlagen es im Kanzlerbüro überhaupt gibt.

Geschwärzt

Immer wieder gibt es Ärger mit geschwärzten und nicht gelieferten Akten. Kein U-Ausschuss, in dem das nicht zum Thema geworden wäre. Beim Hypo-U-Ausschusses 2015 sprach sogar der VfGH ein Machtwort: Die Akten des Finanzressorts seien den Mandatären ungeschwärzt vorzulegen, sprach das Höchstgericht. Weder Datenschutz noch Schutz der Privatsphäre oder die Wahrung des Bank- und Steuergeheimnisses seien Gründe, dem Parlament Infos vorzuenthalten. Allerdings sei der U-Ausschuss gefordert, schutzwürdige Interessen zu wahren, hieß es.

Die einmalige Doppelrolle des Wolfgang Sobotka

Erstmals tritt ein U-Ausschuss-Vorsitzender auch als Befragter auf: Warum die Optik schlecht ist und was geändert gehört.

WIEN. Gestern Befragter, heute wieder Vorsitzender: Der ungewöhnliche Rollentausch des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) beim Ibiza-U-Ausschuss wirft einmal mehr die Frage auf: Wie geht das? Jeder Richter, der in einem Verfahren, das er leitet, als Zeuge aussagen würde, müsste sich befangen erklären. Die Optik ist also denkbar schlecht.

Worum geht es? Weil neben den Aussagen Straches und Gudenus' auf Ibiza auch die Postenvergaben und Gesetzwerdungsprozesse unter Türkis-Blau beleuchtet werden, war der Ausschussvorsitz, der Sobotka kraft seines Amtes als Natio-

nalratspräsident zusteht, von Anfang an umstritten. Der ÖVP-Mann musste Kritik einstecken – auch wegen seiner teils ruppigen Ausschussführung.

Mandatare werden häufig von Sobotka ermahnt, Auskunftspersonen hingegen haben viele Freiheiten, etwa unerlaubtes Tuscheln mit Vertrauenspersonen. SPÖ, FPÖ und Neos wollen schon lang Sobotkas Rücktritt. Auch weil der langjährige ÖVP-Politiker laut Opposition selbst Teil des Untersuchungsgegenstands ist.

Dabei geht es um Sobotkas Aktivität als Obmann und Präsident des Alois-Mock-Instituts. Das Institut –

für SPÖ, Neos und FPÖ eindeutig ein parteinaher Verein – erhielt ebenfalls Geld vom Glücksspielkonzern Novomatic, dessen Involvierung in die Casinos-Affäre sowie mutmaßliche verdeckte Parteispenden geprüft werden (Strache: „Novomatic zahlt alle“). Konkret hat Novomatic dem Institut 2017, 2018 und 2019 je zwei Mal 2000 bzw. 2500 Euro für Inserate im „Mock-Report“ überwiesen, den das Institut regelmäßig herausbringt. Die Opposition vermutet verdeckte Parteispenden. Auch die Staatsanwaltschaft prüft den Fall.

Die Opposition sieht noch eine weitere Verbindung zwischen Novomatic und Sobotka. Und zwar in Person des ehemaligen (bis Anfang 2020) Novomatic-Sprechers Bernhard K. – einst Sprecher von Sobotka, als der noch Landespolitiker in Niederösterreich war.

Für Sobotka sind alle Vorwürfe parteipolitisch motiviert, er denkt nicht daran, den Vorsitz zurückzulegen – wiewohl auch Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl Bedenken zu seiner Doppelrolle äußerte.

In der Verfahrensordnung findet sich jedenfalls kein Hinweis, was in

so einem Fall zu passieren hat. Der Vorsitzende kann nur entscheiden, ob er die Funktion an die Zweite Nationalratspräsidentin übergibt (Doris Bures, SPÖ, übernahm während Sobotkas Befragung den Vorsitz). Und der Dritte NR-Präsident Norbert Hofer (FPÖ) hat bereits erklärt, dass er wegen seiner Ladung in den Untersuchungsausschuss nicht dafür zur Verfügung steht.

Zeit also, die Verfahrensregeln zu aktualisieren. Dann könnte man sich beim nächsten Mal die Debatten ersparen. Bis dahin entscheidet einer allein über seinen Verbleib als Vorsitzender des U-Ausschusses: Wolfgang Sobotka. mars, zim

ANALYSE
U-Ausschuss
Ibiza

„Kleine Zeitung“, 10.09.2020

So funktioniert das

Von Ibiza war am ersten Ausschusstag nach den Ferien kaum die Rede, dafür viel von Vereinen der ÖVP Niederösterreich. Im Zentrum: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Von Thomas Götz

Am ersten Tag des U-Ausschusses nach den Ferien geht es um die ÖVP. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, sonst Vorsitzender desselben Ausschusses, sitzt ausnahmsweise als Befragter hinter der Schutzwand aus Plexiglas im viel zu engen Befragungszimmer. Er hält seine Ladung für eine Themenverfehlung und sagt das auch immer wieder. Der Verfahrensanwalt aber lässt die Fragen zu, sollen sie doch anhand eines begrenzten Beispiels einen zentralen Satz aus dem Ibiza-Video illustrieren. „Novomatic zahlt alle“, hatte Heinz-Christian Strache gesagt. Konkret geht es um ein paar Inserate des Glücksspielkonzerns in der Mitgliederzeitschrift eines kleinen Vereins in Niederösterreich, des „Alois Mock Instituts“. Auflage: nicht einmal tausend Stück, Preis: 2500 Euro pro Seite.

Präsident des Instituts ist Sobotka. Bis vor Kurzem war er



Kann sich an vieles nicht erinnern: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

APA

noch dessen Obmann. Auf die Frage aber, wo das Büro des Instituts gewesen sei, weiß er keine Antwort. Die Telefonnummer, die im Internet angegeben ist, will er nicht kennen. Sie führt zur ÖVP Niederösterreich. Andere Vereine, die an derselben Adresse gemeldet sind, geben dieselbe Nummer

mit anderen Durchwahlen an. Kai Jan Krainer, der den Gast für die SPÖ fragt, will damit das Naheverhältnis des Instituts zur ÖVP beweisen, das Sobotka abzuschwächen versucht.

Eigentlich geht das nicht. Vom Namen angefangen bis zu den Mitarbeitern, die fast aus-

System Niederösterreich



schließlich zur ÖVP-Mannschaft gehören, ist alles ÖVP. Gemeinsam mit den Neos und den Grünen versuchte Krainer, das Naheverhältnis als Indiz dafür zu nehmen, das Institut als verschleierte Vorfeldorganisation der ÖVP einzuordnen, was Sobotka bestreitet. Der Hintergrund: Wäre das Institut eine

Vorfeldorganisation der Partei, müssten seine Einkünfte der ÖVP zugeschrieben werden. Wohl um diese Zurechnung zu vermeiden, war der Verein aber 2012 gegründet worden, knapp vor der Verschärfung des Parteifinanzierungsgesetzes. Um die große Nähe zur Partei zu verbergen, tilgte der Verein

kürzlich den Namen des ÖVP-Landesgeschäftsführers aus dem Vereinsregister, wie Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper herausfand.

Zur Verteidigung rückte der ÖVP-Abgeordnete Wolfgang Gerstl aus. Er zählte aus dem Terminkalender Johann Grafs Begegnungen des Novomatic-Chefs mit Größen von SPÖ und FPÖ auf, die, wie er andeutete, weit höhere Beträge vom Chef des Glücksspiel-Imperiums lukriert hätten. Es klang wie eine Illustration des Strache-Satzes: „Novomatic zahlt alle“.

Eine andere Spur verfolgte hingegen der FPÖ-Abgeordnete Christian Hafenecker. Er unterstellte der ÖVP, sie habe bereits 2015 Kenntnis von belastendem Material gegen den damaligen FPÖ-Chef gehabt, das der Partei damals zum Kauf angeboten worden sei. Sobotka stellte das in Abrede.

Im Vorfeld der Befragung hatte die Opposition die ÖVP bezichtigt, das Video zur Ablenkung am Tag der Befragung Sobotkas bruchstückhaft an den Ausschuss geliefert zu haben. Gerstl wies die Kollegen darauf hin, dass sie erst am Freitag den Antrag auf Auslieferung gestellt hätten, die Lieferung am Dienstag darauf also nicht als Verzögerung zu sehen sei.

Krisper bedauerte, dass Sobotka die Sommerpause nicht dazu nutzte, auf den Vorsitz im Ausschuss zu verzichten.

➤ Kommunikationsprofi im Ausschuss ➤ Von Details will er nichts wissen

„Man wollte allen spenden“

Bernhard Krumpel, ehemaliger Sprecher von Novomatic und von Wolfgang Sobotka, äußerte sich im U-Ausschuss zu den Plänen von Novomatic, mit Parteien und deren Vorfeldorganisationen zu kooperieren. Zu Details aus den Verhandlungen kann er wenig beitragen. Es sei jedenfalls alles sauber abgelaufen.

Bernhard Krumpel ist ein Kumpel-Typ. Ruhig und freundlich. Dennoch war er gestern ein gefragter Mann. Er war Sprecher von Novomatic, und er war Sprecher von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, dem von der Opposition Nähe zu Novomatic vorgeworfen wird. Von Krumpel wollte man wissen, was er über Zahlungen des Glücksspielkonzerns an politische Par-

teien im Kontext von geplanten Gesetzesänderungen wisse. Er könne sich an den Grundgedanken erinnern, dass man an alle Parteien etwas spenden wollte. Das sei dann aber nicht umgesetzt worden. Und was ist mit Deals mit der FPÖ? Ihm seien keine bekannt. Dennoch: „Es gab Diskussionen, und man sagte, wir spenden nix.“ Darin sei er, Krumpel, nicht eingebunden

gewesen. Dennoch gab es Kooperationen mit Parteien. Auch zum Alois-Mock-Institut und Novomatic-Veranstaltungen wurde gefragt. Ja, dies habe es gegeben, aber Krumpel verwehrt sich gegen Unterstellungen, es könnte sich um Parteienfinanzierung gehandelt haben. Alles korrekt also. So wie es sein Ex-Boss Sobotka davor gesagt hatte. Leistung und Gegenleistung. An Details kann sich Krumpel oftmals nicht erinnern. Das kommt einem bekannt vor. Erich Vogl

Auskunftsperson am ersten Tag der Herbstsaison: Bernhard Krumpel. ☺



➤ Ausschussvorsitzender als Zeuge ➤ Verbindungen der ÖVP

Sobotka bestätigt

Im Ibiza-U-Ausschuss wurde mit Wolfgang Sobotka (ÖVP) gestern erstmals ein Ausschussvorsitzender als Zeuge befragt. Dort räumte er ein, dass das Alois-Mock-Institut, dessen Präsident er ist, in einer Zeitung einer ÖVP-Teilorganisation Inserate geschaltet hat. Für die Opposition ein Beweis, dass auf diesem Weg Parteispenden von Novomatic an die ÖVP geflossen sind – schließlich finanzierte der Glücksspielkonzern das Institut.

Gestern war ein Festtag für die Opposition: Endlich saß Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) im Ibiza-U-Ausschuss auf jenem Sessel, auf dem er aus Sicht von SPÖ, FPÖ und Neos auch sitzen sollte – dem für Auskunftspersonen, und nicht wie sonst auf dem des Vorsitzenden.

Ganze fünf Stunden dauerte die Befragung Sobotkas. Im Wesentlichen drehte sich alles um folgende Fragen: Welche Verbindungen gibt es zwischen der ÖVP und

Novomatic? Sind Parteispenden des Glücksspielkonzerns über das Alois-Mock-Institut, dessen Präsident Sobotka ist, an die ÖVP geflossen? Und hatte Sobotka bei Personalentscheidungen der türkisch-blauen Regierung bei den Casinos seine Finger im Spiel?

Spannend wurde es, als SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer Sobotka eine Seite einer Zeitung des niederösterreichischen Arbeitnehmerbundes – einer ÖVP-Teilorganisation, deren Landesobmann Sobotka ist – mit

einem Inserat des Alois-Mock-Instituts vor die Nase hielt. Überraschend gab Sobotka daraufhin zu, dass das Institut in der Zeitung inseriert hat. Das ist deshalb interessant, weil Novomatic wiederum das Institut finanzierte – der Konzern inserierte um 14.000 Euro im „Mock-Report“ des Instituts. Es gab also indirekte Geldflüsse von Unternehmen, die das Alois-Mock-Institut finanzierten – darunter auch Novomatic – an den niederösterreichischen Arbeitnehmerbund. Und zwar in Form von Inseratengeldern. Sobotka sieht dabei aber nichts Bedenkliches: „Es gibt keinen direkten Geldfluss oder Spenden, sondern eine Leistung in Form von Inseraten“, so Sobotka. Um große Summen sei es ohnehin nicht gegangen. Krainer sieht

zu Novomatic ➤ Inseratengelder erhitzten die Gemüter

indirekte Geldflüsse

dennoch einen Beweis für verschleierte Parteispenden von Novomatic an die ÖVP.

Zuvor räumte der Nationalratspräsident außerdem ein, dass Novomatic im Rahmen einer Kooperation mit dem Alois-Mock-Institut für Veranstaltungen Räume zur Verfügung gestellt und das Buffet bezahlt habe – das sei aber keine meldepflichtige Sachleistung, sondern eben eine Kooperationsleistung gewesen, wie er betonte.

Die Oppositionsparteien hielten Sobotka von Beginn an für befangen und nicht geeignet, den Vorsitz im U-Ausschuss zu führen – am Ende der Befragung sahen sich SPÖ, FPÖ und Neos in ihrer Haltung bestärkt. Sobotka denkt allerdings nach wie vor nicht daran, den Vorsitz zurückzulegen. Sandra Schieder



„Ich bin der Verpflichtung, als Auskunftsperson aufzutreten, gerne nachgekommen, auch wenn ich es bis heute nicht nachvollziehen kann.“

Nationalratspräsident und Ausschussvorsitzender Wolfgang Sobotka (ÖVP)

Fünf Stunden dauerte die Befragung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP)

Wie viel ÖVP im Mock-Institut steckt

Den Verbindungen eines Vereins zur Volkspartei und möglichen verdeckten Spenden widmete sich der Ibiza-U-Ausschuss.

Von Daniel Bischof

Der Altweibersommer traf die Abgeordneten des Ibiza-U-Ausschusses mit voller Härte. Nachdem die Klimaanlage ausgefallen war, kroch eine stickige, schweißtreibende Luft durch den Verhandlungssaal in der Hofburg. Vorsitzende Doris Bures (SPÖ) griff zur Notbremse und unterbrach die Sitzung. "Die Luft ist beinahe unerträglich", beschwerte sie sich.

Dicke Luft herrschte am Mittwoch auch zwischen der Opposition und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), dem Vorsitzenden des U-Ausschusses. Sobotka – er wurde von Bures vertreten – musste als Auskunftsperson Rede und Antwort stehen. SPÖ, FPÖ und Neos sehen Sobotka in Machenschaften mit dem Glücksspielkonzern Novomatic verstrickt. Da Novomatic im U-Ausschuss thematisch eine gewichtige Rolle einnehme, sei Sobotka als Vorsitzender befangen, so die Kritik.

Im Fokus des Ausschusses stand am Mittwoch das "Alois Mock Institut", dessen Präsident Sobotka ist. Im "Mock-Report", der Zeitschrift des Vereins, hat Novomatic in den Jahren 2017 bis 2019 Inserate im Wert von 14.000 Euro geschaltet. Zudem hielt das Institut im Novomatic-Forum in Wien Veranstaltungen ab. Die Opposition stellt in den Raum, dass damit illegale Parteispenden am Rechnungshof vorbei an einen ÖVP-nahen Verein getätigt wurden.

Sobotka dementierte das: Das Institut sei nie ein Instrument zur Umgehung des Parteienfinanzierungsgesetzes gewesen. Bei dem Verein habe es sich um keine Vorfeldorganisation der ÖVP gehandelt, auch wenn er persönliche Verbindungen zur ÖVP habe. Das Institut beschrieb er als "bürgerli-

chen Thinkthank", das bereits mit Politikern verschiedener Parteien zusammengearbeitet habe.

"Habe Kontakte hergestellt"

Die Abgeordneten der Opposition sahen das anders. Sie verwiesen auf das aus dem Umfeld von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) stammende Strategiepapier "Projekt Ballhausplatz", das an Medien gespielt wurde. In dem Papier wird das "Alois Mock Institut" als der ÖVP nahestehende Organisation aufgelistet.

Das Institut habe bis vor kurzem auch eine Durchwahl der Telefonnummer der ÖVP Niederösterreich verwendet und sich mit dieser einen Briefkasten geteilt, hielt SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer Sobotka vor. Um solche Dinge habe er sich nicht gekümmert, antwortete der Nationalratspräsident. Er kenne auch nicht die frühere Büroadresse des Instituts, weil man dort nie getagt habe.

Weil es sich um einen kleinen Verein gehandelt habe und man keine Subventionen bekommen habe, sei es notwendig gewesen, sich selbst zu finanzieren, sagte Sobotka: "Meine Aufgabe war es, Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen herzustellen." Dazu zählte auch Novomatic. Mit dem Konzern habe man "ausgelotet", welche Themen, die mit den Zielen des Instituts vereinbar sind, Novomatic interessieren könnten.

Bei den Themen habe man sich dann auf den Balkan geeinigt, da Novomatic dorthin expandieren habe wollen, so Sobotka. Grünen-Fraktionsführerin Nina Tomaselli wollte daraufhin wissen, ob das Institut denn Expertise über den Glücksspielbereich am Balkan besessen habe.

Es sei generell um die dortige Wirtschaftspolitik gegangen, antwortete Sobotka. Dazu habe man Experten für eine Veranstaltung organisiert. Als Gegenleistung habe Novomatic dafür

die Kosten für die Räumlichkeiten und das Buffet im Novomatic-Forum übernommen.

Inserate an ÖVP-Magazin

Krainer hielt es für bemerkenswert, dass Sobotka bestätigte, dass das "Alois Mock Institut" wiederum Inserate in einem Magazin des niederösterreichischen Arbeitnehmerflügels der ÖVP, dessen Landesobmann Sobotka ist, geschaltet hatte. Sobotka erklärte, dass es für sämtliche Inserate immer Gegenleistungen gegeben habe und es ohnehin nicht um große Summen gegangen sei.

Bei seiner Befragung zeigte sich Sobotka zunächst ruhig, wurde dann aber zunehmend angriffslustiger. Immer wieder stellte er lautstark infrage, was die an ihn gerichteten Fragen mit dem Untersuchungsgegenstand des Ausschusses zu tun hätten. Insbesondere mit FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker krachte Sobotka zusammen. Auch so manchen Fragen von Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper konnte er nichts abgewinnen: "Wer glauben Sie, dass ich bin?", fragte er.

Ex-Finanzminister wird befragt

Nach Sobotka wurde der ehemalige Leiter der Kommunikationszentrale der Novomatic befragt. Er wird in der Causa Casinos als Beschuldigter geführt. Der Ex-Manager bestritt, dass es einen Deal des Glücksspielkonzerns mit den Freiheitlichen und einen Gesetzeskauf gab.

Am Donnerstag sind unter anderem Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) und Casinos Austria-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner als Auskunftsperson geladen.

Wolfgang Sobotka (ÖVP) ist Vorsitzender des U-Ausschusses. Am Mittwoch wurde er aber als Auskunftsperson befragt. Foto: apa/Schlager

Ein Inserat, "keine Spende"

Nationalratspräsident Sobotka im Ibiza-Ausschuss: Liefern Gelder über das Mock-Institut an die ÖVP? Wer wusste früh von Vorwürfen gegen Strache? Und wer führt den Vorsitz?

Wien-Am Ende schlüpfte Wolfgang Sobotka (ÖVP) wieder in die Rolle des Nationalratspräsidenten. Nach der mehr als vierstündigen Befragung als Auskunftsperson im Ibiza-Untersuchungsausschuss sagte er vor laufenden Kameras das, was er schon am Vormittag im Ausschuss gesagt hatte-bloß gibt es von dieser Erklärung keine Bild- und Tonaufzeichnungen für TV und Radio: Er könne nicht nachvollziehen, warum er befragt wurde. Und sein Alois-Mock-Institut sei keine Parteiorganisation der ÖVP. Neu war scharfe Kritik Sobotkas an den Abgeordneten. Diesen gehe es um Parteipolitik und nicht mehr um Aufklärung. Er halte das ja aus, er kenne aber andere, "die haben Angst".

Das Alois-Mock-Institut-Sobotka ist Mitgründer (2012), er war Obmann und ist nunmehr Ehrenpräsident-geriet ins Visier des Ausschusses, weil es Beziehungen zum Glücksspielkonzern Novomatic gab. Das Unternehmen wiederum taucht im Ibiza-Video an prominenter Stelle auf: "Novomatic zahlt alle"-sagte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache. Novomatic dementiert.

Daher die Fragen der Abgeordneten: Wie viel zahlte Novomatic an das Institut? Und wie eng war das Verhältnis des Instituts zur ÖVP? Diente es als Vehikel zur Parteienfinanzierung, so wie es Strache über Vereine gesagt hatte?

Kai Jan Krainer (SPÖ) und Stephanie Krisper (NEOS) zeichneten ein Bild des Alois-

Mock-Instituts als Vorfeldorganisation der ÖVP. Das Institut habe sich über viele Jahre einen Postkasten mit ÖVP-Organisationen geteilt. Das Institut werde im "Projekt Ballhausplatz" genannt, mit dem der spätere ÖVP-Chef Sebastian Kurz die Machtübernahme in Partei und Staat geplant habe-als Teil der "Parteifamilie".

Einen ÖVP-Mann bezeichne es als "unseren" Kandidaten.

Sobotka aber blieb dabei: "Das Alois-Mock-Institut ist

Nach dem Parteiengesetz ist das Alois-Mock-Institut keine Vorfeldorganisation der ÖVP. Dass es der ÖVP nahesteht, ist aber keine Frage."

Wolfgang Sobotka (Nationalratspräsident, ÖVP) keine Vorfeldorganisation" der ÖVP. Es sei ein "bürgerlicher Thinktank", der Themen auch abseits der ÖVP-Linie aufgreife. Die Novomatic wiederum habe für Inserate in Publikationen des Instituts bezahlt. Zweimal 2000 Euro im Jahr 2017, zweimal je 5000 Euro 2018 und 2019. Dazu habe es "Kooperationen" gegeben, Diskussionsveranstaltungen im Veranstaltungszentrum der Novomatic in Wien. Das Mock-Institut organisierte die Teilnehmer am Podium, Novomatic stellte den Saal und das Buffet für rund 250 Besucher.

"Sachleistungen?", fragte Krainer. Nein, "Kooperationen", beharrte Sobotka. "Sponsoring?" Nein, beteuerte er-auch als ihm Krisper eine Publikation vorhielt, in der sich das Institut bei seinen "Sponsoren" bedankte, darunter bei Novomatic.

Die Rolle als Auskunftsperson war ungewohnt für den Nationalratspräsidenten. "Ich bin willig", beteuerte er. Nicht nur einmal hakte Ein Blinder mit Krückstock sieht, dass hier Geld verschoben wird."

Christian Hafenecker (FPÖ-Abgeordneter) er aber bei den Fragestellern nach, was sie denn eigentlich meinten-und ob die Fragen zulässig seien. Dann war es an der zweiten Präsidentin Doris Bures (SPÖ), ihn zu erinnern, dass sie den Vorsitz führte.

Schließlich die Frage nach Geld für die Partei. Weder habe das Institut an die ÖVP oder deren Organisationen gespendet noch umgekehrt, betonte

Sobotka. Einen Geldfluss sprach er dann aber doch an: Einmal habe das Institut in der Zeitschrift des niederösterreichischen AAB inseriert-auf dem Umweg über den Verlag des "Pressverein"-Verlags. Man habe gehofft, mit dem Inserat eine "Breite" zu erreichen, die man als kleines Institut nötig habe.

"Ich habe nicht damit gerechnet, dass wir hier ein derartiges Geständnis bekommen", reagierte Krainer. Er sieht darin den Beleg eines Geldflusses von der Novomatic an Sobotkas Institut und weiter zum ÖAAB.

Ganz anders die Stoßrichtung der FPÖ. Diese hielt Sobotka vor, dass bereits 2015 ÖVP-Vertreter in Gespräche darüber verwickelt waren, ob man nicht Geld für belastende Informationen über Strache zahlen solle.

ÖVP-Mann Wolfgang Gerstl schließlich wollte aufzeigen, dass Novomatic-Eigentümer Johann Graf nicht nur Kontakte zur ÖVP hatte, sondern auch zu Politikern von FPÖ und vor allem SPÖ. Ausführlich zitierte er aus dem Kalender Grafs. Die Gesprächspartner u. a.: Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und dessen Vorgänger Hans Niessl.

Der Untersuchungsausschuss setzt seine Befragungen heute fort. Als Zeuge geladen ist der frühere Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP). Den Vorsitz wird wieder Sobotka führen, aller Kritik der Opposition zum Trotz. Die Vertreter von SPÖ, FPÖ und NEOS sehen den Nationalratspräsidenten nach der gestrigen Befragung umso mehr als "Teil der Untersuchung". Am Vorsitz könne er daher nicht mehr Platz nehmen. Die grüne Fraktionsführerin Nina Tomaselli hält die Doppelrolle Sobotkas zumindest für "grotesk".

„Heute“, 10.09.2020

Video-Schiedsrichter und viel heiße Luft im „Ibiza-Ausschuss“

Insgesamt fünf Stunden und acht Minuten dauerte gestern der Auftritt von Nationalratspräsident Sobotka im U-Ausschuss – bei defekter Klimaanlage im Sitzungssaal. Heiß ging es aber nicht nur deshalb her.

Sobotka eröffnete als erste Auskunftsperson die Herbst-Befragungen. Die meiste Zeit ging es um das Alois-Mock-Institut, dessen Präsident er ist und das Spenden von Novomatic erhalten hat. **Maske in Flieder, Brille in Gelb** Um 10.22 Uhr trifft Sobotka mit fliederfarbenem Mund-Nasenschutz ein. Brille und Etui (als Einstecktuch zweckentfremdet)

sind gelb. **Die Ladung habe ihn überrascht**, gibt er zu Protokoll. **Rollentausch** Sobotka sitzt nicht am Vorsitzplatz, sondern rechts davon. Auf seinem Platz: die Zweite Präsidentin Doris Bures. **Video-Schiri** Sie hat auch gleich zu tun. Grund: SP-Fraktionsführer Krainer will eine Szene aus dem Video zeigen lassen. Die sehen sich Bures, Verfahrensrichter

und -anwalt vorher an, sie verletzt keine Persönlichkeitsrechte. Also läuft die einminütige Passage als einziges Filmstück des Tages über die Ausschuss-Bildschirme. Der Text ist meist unverständlich. **Klima defekt** Die Anlage im Lokal 7 der Hofburg streikt. Die Folge: mehrere Lüftungspausen wegen „unerträglicher Luft“ (©Bures). **Nie Spenden an ÖVP** Das Mock-Institut sei keine ÖVP-Vorfeldorganisation, habe „nie“ an sie oder eine Teilorganisation oder umgekehrt gespendet, sagt Sobotka.

Novomatic-„Spenden“ „Wir waren klein und mussten uns selbst finanzieren.“ Es habe aber immer eine Gegenleistung gegeben. **Schmutzkübel** Vorwürfe, die ÖVP sei an belastendem Material über die FPÖ interessiert gewesen, weist Sobotka erbost zurück: **„Dirty Campaigning ist in der ÖVP nicht angesiedelt.“** **Dritter Mann sagt ab** Wegen eines Corona-Verdachtsfalls in seinem Umfeld sagte Sigma-Vorstand Markus Braun, der gestern als dritter Zeuge geplant war, ab 

„www.orf.at“, 09.09.2020

Ex-Novomatic-Sprecher und „G'schichtln“

Da Bernhard Krumpel in seiner Vergangenheit für viele Politiker arbeitete, verstehe er, dass „Verschwörungstheorien“ über politische Netzwerke „schöne G'schichtln“ seien. Das sagte der Ex-Novomatic-Sprecher am Mittwoch im „Ibiza“-U-Ausschuss. Die Befragung drehte sich um verschiedene Vereine und die Novomatic, die „nicht alle zählt“.

Nach einem Tag mit zwei Premierien – eine Minute des „Ibiza-Videos“ wurde dem U-Ausschuss vorgeführt und der Vorsitzende Wolfgang Sobotka (ÖVP) als Auskunftsperson befragt – konzentrierten sich die Abgeordneten bei der Befragung von Krumpel auf Vereine, die eine Verbindung zum Glücksspielkonzern Novomatic haben bzw. hatten. Die Auskunftsperson selbst hatte wie Sobotka zuvor gesagt, dass es keine Geldflüsse ohne Gegenleistung gebe. Das Alois-Mock-Institut habe der Konzern unterstützt – mit Inseraten und einer Veranstaltung, sagte der ehemalige Konzernsprecher.

„Es waren vier“, sagte SPÖ-Abgeordnete Eva-Maria Holzleitner. „Nicht alle wurden vermutlich unterstützt“, so Krumpel. Die Kooperation mit dem Institut, dem Sobotka als Präsident vorsteht, bestehe schon länger als er, Krumpel, bei der Novomatic war. Zum Besuch Sobotkas beim Glücksspielkonzern sagte Krumpel, dass Sobotka durch die Räume des Unternehmens geführt worden sei. Im Anschluss sei er mit Sobotka in den 7. Stock gefahren und habe ihn beim Sekretariat „abgegeben“. Beim Gespräch mit dem Alleinaktionär und Gründer Johann Graf sei er nicht dabei gewesen.

„Brauchen jemanden“

Krumpel, der eigenen Angaben zufolge nie Parteimitglied war, startete Ende der 90er Jahre seine Laufbahn im politischen Geschäft als Pressesprecher beim damaligen niederösterreichischen Landesrat Sobotka. Danach wechselte er in das Kabinett von Ernst Strasser (ÖVP), der damals Innenminister war. Anschließend übernahm er die Leitung des Kabinetts von Helmut Kukacka (ÖVP), Staatssekretär im Verkehrsministerium. Für die FPÖ-Fraktion im Ausschuss ist klar, dass Krumpel also ÖVP-nah ist. Die ÖVP-Fraktion hingegen versuchte zu kalmieren. Krumpel arbeitete dann in Unternehmen, die der ÖVP zufolge nicht ÖVP-nahe seien. Die FPÖ war nicht überzeugt.

Im Fokus stand freilich Krumpels Engagement bei der Novomatic. Dort heuerte er im Jänner 2017 an und verließ das Unternehmen im März 2020. Zuvor hatte Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann, der ebenfalls 2020 das Unternehmen verließ, am 6. November 2017 eine SMS an Krumpel geschrieben: „Hello, können wir Tschank (Markus, Ex-FPÖ-Mandatar, Anm.) treffen! Sollten etwas in die regierungsverhandlungen (zwischen ÖVP und FPÖ, Anm.) einbringen.“ Krumpel antwortet: „Ja, er verhandelt allerdings medienbereich, wahrscheinlich brauchen wir eher finanzien.“ Neumann erwiderte: „egal brauchen jemanden, der das thema kasinolizenzen einbringt!!“

Nach dem SMS-Verkehr sei allerdings nichts weiter passiert, sagte Krumpel dem U-Ausschuss. Tschank steht im Fokus rund um die Ermittlungen zu möglichen verdeckten Parteispenden über parteinahe Vereine. Tschank leitet etwa das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik (ISP) und hatte mit Krumpel bis 2016 eine Beratungsgesellschaft namens Polimedia. Abgelöst wurde Krumpel Ende 2016 von Ex-FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo, der im Frühjahr 2019 als Novomatic-Kandidat Finanzvorstand in der teilstaatlichen Casinos Austria AG (CASAG) wurde.

Warum Sidlo Geschäftsführer wurde

Warum gerade Sidlo die Geschäftsführung von Polimedia übernahm, argumentierte der Ex-Novomatic-Sprecher damit, dass die Gesellschaft ein Versuch war, der nicht gut gegangen sei. „Aufgrund meines beruflichen Wechsels (zur Novomatic, Anm.) war mir auch klar, dass ich für Polimedia nicht mehr tätig sein kann. Das Ziel war, das Unternehmen abzuwickeln, und das dauert ewig. Ich wollte mich damit nicht mehr beschäftigen“, so Krumpel. Sidlo habe sich darum gekümmert.

Grünen-Mandatar David Stögmüller kam auf die persönlichen Verbindungen zwischen Krumpel, Tschank, Sidlo und Polimedia, ISP, Novomatic und Casinos Austria zu sprechen. „Ein paar Leute teilen sich das Ganze auf“, sagte er. „Das ist ein schönes G’schichtl, solche Verschwörungstheorien aufzubauen, ich verstehe das politisch auch“, mehr könne Krumpel dazu aber nicht sagen. Laut Medienberichten fanden die Ermittler später zwei Rechnungen von Polimedia an das ISP im Jahr 2017, beide augenscheinlich ausgefertigt vom damaligen Polimedia-Geschäftsführer Sidlo.

Zwischen Novomatic und dem ISP besteht auch ein Vertrag, der laut dem Bericht im Jahr 2018 geschlossen worden ist – zu einer Zeit, als Tschank für die FPÖ bereits im Nationalrat saß. Die Novomatic hatte sich zu Zahlungen von insgesamt 200.000 Euro verpflichtet. „Jede Kooperation des ISP (...) basiert stets auf der Erbringung von jährlich genau definierten Gegenleistungen“, hieß es vonseiten Tschanks.

Novomatic unterstützte grundsätzlich „alles“

Er habe den Auftrag von der Novomatic bekommen, die Kooperation zu verhandeln, sagte Krumpel. Worum es allerdings genau ging, konnte die Auskunftsperson nicht sagen. Die vom Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache getätigte Aussage „Novomatic zahlt alle“ kann er „gar nicht interpretieren, weil ich keine Wahrnehmungen dazu habe“, so Krumpel. Er hätte jedenfalls nicht das Gefühl, dass einfach jeder kommen könne und die Novomatic dann zahle. Vom ISP sei man zu Spenden gefragt worden. Das habe die Novomatic aber nicht machen wollen. Wenn man spendet, dann hätte man an alle Parteien spenden wollen – im Sinne der Demokratie. Geschehen sei es aber nie.

Dennoch gab es immer wieder Treffen mit Politikern, erzählte Krumpel. Was das Thema Glücksspiel betreffe, habe er immer wieder mal auch mit Parlamentariern geredet. Es sei ihm um einen „Austausch“ gegangen, man sei da ja durchaus auch in der Kritik gestanden. Dass Krumpel in einem Chat von einem Treffen mit unseren „pinken Freunden“ geschrieben habe, sei ein Ausdruck von ihm. Er habe auch von „türkisen Freunden“ geredet.

Inserate im „Mock-Report“

Grundsätzlich habe die Novomatic „alles“ unterstützt: Kunst, Kultur, Sport, „alles, was fürs Leben im Land wertvoll ist“. Auf die Frage der ÖVP-Fraktion, ob auch politische Veranstaltungen dabei gewesen seien, sagte Krumpel, dass er das nicht glaube. Es könnte sein, dass die Novomatic-Tochter Admiral beim 1.- Mai-Fest der SPÖ auftauchte, dann sei das wohl unterstützt worden. Auch eine Veranstaltung der SPÖ-Frauen sei mal gesponsert worden.

Das Alois-Mock-Institut sei Krumpel nicht als politische Partei aufgefallen. Sein ehemaliger Chef Sobotka habe ihn nicht über Novomatic-Treffen informiert. Warum die Novomatic ausgerechnet sechsmal im achtseitigen „Mock-Report“ für insgesamt 14.000 Euro inserierte, obwohl man wisse, dass man nur wenige Menschen damit erreiche, konnte der ehemalige Sprecher nicht detailliert erklären. Er sagte aber, dass man hier über ein Inserat um 2.500 Euro spricht – bei einem Konzern, der 2,6 Milliarden Euro im Jahr umsetzt.

„APA“, 09.09.2020

Gerstl: U-Ausschuss-Akten werfen Frage eines möglichen Deals der Wiener Landesregierung mit Novomatic auf

Wollte Stadträtin Ulrike Sima 2018 über ein Schlupfloch das kleine Glücksspiel in Wien etablieren und dafür unternehmensfreundliches Gesetz in Aussicht stellen?

(Wien/OTS) - In der Befragung des ehemaligen Kommunikationsverantwortlichen der Novomatic (er war ab 2011 auch Geschäftsführer in der PR-Agentur des heutigen Neos-Abgeordneten Helmut Brandstätter) legte die ÖVP-Fraktion heute Akten vor, die eine bisher völlig unbekannte Vernetzung der Wiener Landesregierung mit dem Glücksspielkonzern Novomatic zeigen.

„Wir konnten in der heutigen Befragung Unterlagen vorlegen, nach denen die Wiener Landesregierung über eine Hintertür das kleine Glücksspiel in Wien offensichtlich etablieren wollte. Laut diesen Dokumenten stellte Ulrike Sima der Novomatic Veränderungen des Wiener Wettengesetzes in Aussicht, wenn im Gegenzug „nur“ 150 Einarmige Banditen (Video-Lottery-Terminals) aufgestellt werden.“

„Pikanterweise wurde aber zeitgleich öffentlichkeitswirksam mit den Grünen an einer Resolution gearbeitet, die das kleine Glücksspiel generell verbieten sollte“, so Wolfgang Gerstl, Fraktionsvorsitzender der ÖVP im Ibiza-Untersuchungsausschuss.

Der Hintergrund im Detail:

2018 wurden von der Lizenzhalterin Win-Win (ein Tochterunternehmen der Österreichischen Lotterien) 50 Spielautomaten im Admiral-Casino Prater in Betrieb genommen. Das 2015 beschlossene Verbot des „kleinen Glücksspiels“ in Wien umging man über die Bundeslizenz der ÖLG. In der Recherche konnte aufgedeckt werden, dass die Novomatic hunderte weitere Spielautomaten über diese Umgehungs konstruktion in Betrieb nehmen wollte. Demzufolge sollte sich die Novomatic auf die Aktivierung von 150 Spielautomaten beschränken und im Gegenzug dafür würde die Stadtregierung einen Resolutionsantrag gegen diese Spielautomaten „im Sand verlaufen lassen“ und es wurde ein Entgegenkommen bei der Novellierung des Wiener Wettengesetzes in Aussicht gestellt.

In Whatsapp-Chats heißt es: „100 Geräte sind bereits mit den Grünen akkordiert – sie (Anmerkung: Sima) geht davon aus, dass sie 150 Geräte durchbringen wird und wir uns dann an diese Anzahl und die drei Prater-Standorte halten werden.“ Und weiter: „Ist das der Fall, wird nach der Begutachtungsfrist der Gesetzesentwurf abgeändert (...) sodaß sinnvolle Regelung für Wettunternehmen. Der Text dafür liegt schon vor und ist auch mit den Grünen akkordiert. (...) Laut ihrer Aussage wurde dieses Vorgehen, dass nämlich jetzt im Entwurf eine strengere Zutrittsregelung enthalten ist, bewusst so gewählt, damit sich jetzt niemand aufregt. Eine Änderung nach Begutachtung interessiert keinen mehr.“ Zitat Ende.

„Diese Causa wirft viele Fragen auf über die Vernetzung des Glücksspielkonzerns mit der Wiener Landesregierung, zumal es auch vertrauliche Termine von Bürgermeister Ludwig und Stadtrat Hanke mit Novomatic-Gründer Graf gab. Wir werden diesen Fragen im weiteren Verlauf des U-Ausschusses weiter nachgehen“, so Gerstl. „Welche weiteren Gegenleistungen erwartete die Stadtregierung für ihr Entgegenkommen in der Gesetzgebung rund um Wetten und das kleine Glücksspiel?“ (Schluss)

„APA“, 09.09.2020

U-Ausschuss - Krumpel stellte Kontakt zwischen Sidlo und Neumann her

Utl.: Ex-Novomatic-Sprecher: "Sidlo hat mich gebeten, ihn Herrn Magister Neumann vorzustellen" - Krumpel von WKStA bisher nicht einvernommen

Wien (APA) - Der früherer Pressesprecher von Wolfgang Sobotka und Novomatic, Bernhard Krumpel, hat den Kontakt zwischen dem Ex-Casinos-Finanzvorstand Peter Sidlo und Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann hergestellt. Das sagte Krumpel am Mittwoch im Ibiza-U-Ausschuss. Zum berühmten Satz "Novomatic zahlt alle" habe er keine Wahrnehmung, sagte Krumpel.

"Sidlo hat mich gebeten, ihn Herrn Magister Neumann vorzustellen", das habe er dann gemacht, schilderte Krumpel. Eine Empfehlung habe er aber nicht abgegeben, nur seinen Werdegang skizziert und auf seine Eignung aufgrund des Fit&Proper-Test hingewiesen. "Das war ganz wertfrei." In die weitere Bestellung Sidlos zum Casinos-Finanzchef sei er nicht involviert gewesen, so Krumpel.

Krumpel hat nach Bekanntwerden der Ermittlungen um die Vorstandsbesetzung bei den Casinos Austria die Novomatic AG verlassen, ebenso wie Neumann. Krumpel sagte, er müsse sich primär auf seine Erinnerungen verlassen, weil er keinen Zugang mehr zu seinen Unterlagen bei Novomatic habe.

Sidlo steht im Mittelpunkt der Causa Casinos. Krumpel ist so wie Neumann einer der vielen Beschuldigten, wurde bisher aber nicht einvernommen. Das verwundere ihn aber auch nicht, so Krumpel, weil der Aktenumfang mittlerweile "genug Arbeit für hundert Staatsanwälte" hergebe.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geht dem Verdacht nach, ob für die Bestellung Sidlos Novomatic Lizenzen zugesagt worden sind. Es gilt die Unschuldsvermutung. Novomatic war bis vor kurzem einer der drei bestimmenden Aktionäre der Casinos Austria AG, verkaufte seinen Anteil inmitten der Causa an den nunmehrigen Mehrheitseigentümer Sazka. Die Staatsholding ÖBAG hält 33,24 Prozent.

Krumpel sagte in seinem Eingangsstatement, er sei zu Beginn bei der anonymen Anzeige von einer willkürlichen Attacke gegen das Unternehmen ausgegangen, "heute denke ich etwas anders". Es sei immens wichtig, dass ermittelt werde, damit die Vorwürfe nicht im Raum stehen. Dass Novomatic in den ÖVP-FPÖ-Regierungsverhandlungen nicht lobbyiert habe, zeige auch das damalige Regierungsprogramm, wo sich keine Spuren fänden. Zu einem "Deal" zwischen Novomatic und FPÖ habe er keine Wahrnehmungen.

Krumpel unterhielt auch eine gemeinsame Firma mit dem FPÖ-Anwalt Markus Tschank, die Polimedia, in die später Sidlo eintrat. Zu beiden habe er ein freundschaftliches Verhältnis. Der Impuls zur Gründung der Polimedia sei von Tschank gekommen. Tschank hätte Zugänge gehabt, um Aufträge zu bekommen. Krumpel habe da seine PR-Kompetenz eingebracht. Für Finanzfragen habe man auf die Sigma von Markus Braun zurückgegriffen, bei der auch Sidlo tätig war.

Befragt wurde Krumpel auch zum "Institut für Sicherheitspolitik" (ISP), jener Verein mit Tschank als Obmann, der von Novomatic und das Verteidigungsministerium jährlich je 200.000 Euro bekam. Krumpel sprach hier von einem "Networking-Tool". Teil der auf drei Jahre angelegten Vereinbarung mit dem ISP war, dass Novomatic aussteigen könne, wenn das Ministerium sich vorzeitig zurückzieht.

Für Krumpel war es nicht der erste Auftritt in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Er war im Kabinett des damaligen Innenministers Ernst Strasser (ÖVP) für den skandalumwitterten Behördenfunk Adonis zuständig und wurde später Geschäftsführer bei dem Blaulichtfunk-Konsortium Tetron. Bei der Befragung im U-Ausschuss 2012 zeigte er sich weitgehend unwissend über angebliche Zahlungen von Motorola (aus dem letztlich siegreichen Tetron-Konsortium) an den Lobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly. Mensdorff-Pouilly und Ex-Telekom-Manager Rudolf Fischer wurden später in einem Prozess zu Tetron wegen Untreue verurteilt.

„APA“, 09.09.2020

U-Ausschuss: Sobotka wechselte die Seiten

Utl.: Nationalratspräsident und Vorsitzender des Ausschusses verteidigte Alois-Mock-Institut - Erste Szene aus dem Ibiza-Video vorgespielt

Wien (APA) - Der Vorsitzende des Ibiza-Untersuchungsausschusses, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), hat zum Herbst-Auftakt der Befragungen die Seiten gewechselt. Als Auskunftsperson verteidigte er am Mittwoch die Tätigkeit des Alois-Mock-Instituts, dessen Vorsitzender er ist. Zum ersten Mal bekam der Ausschuss auch eine Szene aus dem wichtigsten Beweismittel, dem Ibiza-Video, zu sehen.

"Herr Präsident, es ist ungewohnt, dass Sie heute rechts und nicht links von mir sitzen", meinte Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl. Die Sitzung leitete statt Sobotka die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ).

Er sei "überrascht" gewesen, dass er als Vorsitzender nun auch Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss ist, sagte Sobotka selbst in seinem kurzen Eingangsstatement - betreffe das Untersuchungsthema doch die Vollziehung des Bundes. Dennoch bezeichnete es der Nationalratspräsident als seine "Pflicht", den Abgeordneten seines Hauses Rede und Antwort zu stehen.

Verwunderung demonstrierte Sobotka auch über die seiner Meinung nach versuchte Involvierung des Alois-Mock-Instituts in den Untersuchungsgegenstand. Dieses sei 2012 von ihm gegründet worden mit dem Ziel, "die politischen Ansätze Mocks langfristig zu erhalten". Es handle sich um eine "Plattform für Vordenker". Sobotka war bis 2019 Obmann, derzeit ist er Präsident. Die operative Führung hatte er jedoch nie, betonte er. SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer machte Sobotka darauf aufmerksam, dass das Alois-Mock-Institut bis vor kurzem eine Durchwahl der Telefonnummer der ÖVP Niederösterreich hatte und somit Infrastruktur der Partei genutzt habe. Um diese Dinge habe er sich nicht gekümmert, antwortete Sobotka, er kenne auch nicht die frühere Büroadresse, weil man dort nie getagt habe. "Nach dem wir nicht allzu viel Geld hatten, hatten wir anfangs ein kleines Büro." Krainer hielt Sobotka zudem vor, dass das Alois-Mock-Institut in einer Publikation den niederösterreichischen ÖVP-Politiker Lukas Mandl mit "unser Kandidat" titulierte hatte.

"Meine Aufgabe war es, Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen herzustellen", antwortete Sobotka auf die Frage von Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl zu seiner genauen Tätigkeit im Alois-Mock-Institut. Mit Novomatic habe man "ausgelotet", welche Themen den Glücksspielkonzern interessieren könnten, die mit den Zielen des Instituts vereinbar sind. Geeignet habe man sich etwa auf Arbeiten zur Balkanregion, da das Unternehmen dorthin exportieren habe wollen. Als Gegenleistung habe Novomatic eine Veranstaltung für 250 Personen finanziert, also die Räumlichkeiten und das Buffet gezahlt, berichtete Sobotka. Dies sei das Wesen solcher Kooperationen, betonte er.

Sobotka bestätigte in der Befragung, dass es - indirekt - Geldflüsse von den Partnern des Alois-Mock-Instituts in Form von Inseratengeldern an den Arbeitnehmerflügel der ÖVP Niederösterreich, den NÖAAB gab, dessen Landesobmann Sobotka ebenfalls ist. Konkret schalteten Unternehmen wie Novomatic Inserate im "Mock-Report", der Zeitschrift des gleichnamigen Instituts. Dieses wiederum schaltete Inserate im Magazin "Arbeiten für Niederösterreich" des Arbeitnehmerbunds, das vom nö. Pressverein herausgegeben wird. Sobotka verwies darauf, dass Inserate möglich seien, weil es eine Gegenleistung gibt. Um große Summen sei es ohnehin nicht gegangen, so Sobotka. Ein Betrag nannte er nicht. Die Inseratenpreise seien marktüblich gewesen.

Angesprochen wurde Sobotka vom Verfahrensrichter auch zu seinem ehemaligen Pressesprecher Bernhard Krumpel, der nach dem Jahr 2000 Leiter der Konzernkommunikation von Novomatic war und nach Sobotka am Mittwochnachmittag die zweite Auskunftsperson des U-Ausschusses ist.

Wie schon so oft zuvor im Ibiza-Untersuchungsausschuss sollte es auch zum Herbst-Auftakt am Mittwoch nicht zur Befragung einer dritten Auskunftsperson kommen: Markus Braun, Vorstand der Sigma Investment AG und freiheitlicher ORF-Stiftungsrat, musste sein Kommen absagen, bestätigten Fraktions-Vertreter der APA. Er soll sich aufgrund eines Covid-Verdachts in seinem Umfeld in Quarantäne befinden.

Sobotkas Befragung wurde bereits nach kurzer Zeit erstmalig unterbrochen. SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer wollte "probeweise" eine Terrassen-Szene aus dem Ibiza-Video mit Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus sehen. Aufgrund der kurzfristigen Lieferung des Materials müssen allerdings - um die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen zu wahren - die Sequenzen zuerst begutachtet werden, wie die Ausschussvorsitzende Doris Bures (SPÖ) vor Sitzungsbeginn klargestellt hat. Nicht ganz zehn Minuten dauerte es, die eine Minute Video zu sichten und darüber zu entscheiden, ob man sie zeigen kann.

Das geschwärzt dem U-Ausschuss übermittelte Ibiza-Video wird wahrscheinlich auch bald den Verfassungsgerichtshofs (VfGH) beschäftigen. FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker kündigte an, sich mit den anderen Parteien abzustimmen, um die ungeschwärzte Vorlage des Videos zu erzwingen. NEOS-Fraktionsführerin Stephanie Krisper will ebenfalls den VfGH einschalten, wie sie vor Beginn der Befragung von Wolfgang Sobotka (ÖVP) sagte. Krainer sagte, diesen Schritt zu prüfen.

Sobotkas Befragung dauerte rund fünf Stunden und war um 15.30 Uhr beendet. Für Stephanie Krisper (NEOS) war es eine "unrühmliche Premiere, dass der Vorsitzführende befragt wird". Sie hätte gehofft, dass Sobotka über den Sommer in sich geht und sich entschließt, den Ausschussvorsitz zurückzulegen.

ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl will auch die Verbindungen des Glücksspielriesen Novomatic in SPÖ-geführte Bundesländer untersuchen und deshalb den burgenländischen Ex-Landesrat Christian Illedits (SPÖ) laden.

„APA“, 09.09.2020

U-Ausschuss: Sobotka verteidigte Mock-Institut

Utl.: "Bürgerlicher Thinktank" statt "Vorfeldorganisation" - Krainer wollte erste Szene aus dem Ibiza-Video sehen

Wien (APA) - Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) hat zu Beginn seiner Befragung im Ibiza-Untersuchungsausschuss die Tätigkeit des Alois-Mock-Instituts, dessen Vorsitzender er ist, verteidigt. Es handle sich um einen "bürgerlichen Thinktank", nicht um eine "Vorfeldorganisation" seiner Partei. Die Zusammenarbeit mit dem Glücksspielkonzern Novomatic begründete er auch mit wissenschaftlichen Interessen.

Er sei "überrascht" gewesen, dass er als Vorsitzender nun auch Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss ist, sagte Sobotka in seinem kurzen Eingangsstatement - betreffe das Untersuchungsthema doch die Vollziehung des Bundes. Dennoch bezeichnete es der Nationalratspräsident als seine "Pflicht", den Abgeordneten seines Hauses Rede und Antwort zu stehen.

Verwunderung demonstrierte Sobotka auch über die seiner Meinung nach versuchte Involvierung des Alois-Mock-Instituts in den Untersuchungsgegenstand. Dieses sei 2012 von ihm gegründet worden mit dem Ziel, "die politischen Ansätze Mocks langfristig zu erhalten". Es handle sich um eine "Plattform für Vordenker". Sobotka war bis 2019 Obmann, derzeit ist er Präsident. Die operative Führung hatte er jedoch nie, betonte er.

"Meine Aufgabe war es, Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen herzustellen", antwortete Sobotka auf die Frage von Verfahrensrichter Wolfgang Pöschl zu seiner genauen Tätigkeit im Alois-Mock-Institut. Mit Novomatic habe man "ausgelotet", welche Themen den Glücksspielkonzern interessieren könnten, die mit den Zielen des Instituts vereinbar sind. Geeignet habe man sich etwa auf Arbeiten zur Balkanregion, da das Unternehmen dorthin exportieren habe wollen.

Als Gegenleistung habe Novomatic eine Veranstaltung für 250 Personen finanziert, also die Räumlichkeiten und das Buffet gezahlt, berichtete Sobotka. Dies sei das Wesen solcher Kooperationen, betonte er. Angesprochen wurde Sobotka vom Verfahrensrichter auch zu seinem ehemaligen Pressesprecher Bernhard Krumpel, der nach dem Jahr 2000 Leiter der Konzernkommunikation von Novomatic war.

Sobotkas Befragung wurde relativ bald unterbrochen. SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer will "probeweise" eine Terrassen-Szene aus dem Ibiza-Video mit Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus sehen. Aufgrund der kurzfristigen Lieferung des Materials müssen allerdings - um die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen zu wahren - die Sequenzen während der laufenden Sitzung begutachtet werden, hatte die Ausschussvorsitzende Doris Bures (SPÖ) vor Sitzungsbeginn klargestellt.

„NÖN“, 09.09.2020

Die absolute Nummer eins

ADMIRAL ist der Nahversorger für Sportwetten und Glücksspiel in Österreich. Spannende Unterhaltung ist in Niederösterreich in 55 Filialen und 23 Sportsbars garantiert.

ADMIRAL ist seit 1991 eine starke operative Marke mit festverankerten Wurzeln in Österreich, fungiert als Nahversorger für Sportwetten & Glücksspiel und ist seit mehreren Jahren die absolute Nummer 1 in ganz Österreich. Damit sichert ADMIRAL Arbeitsplätze im ganzen Land und leistet einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung.

In die Welt des Sports eintauchen

In über 250 Filialen österreichweit, davon 150 mit einladendem und modern gestaltetem Glücksspielbereich sowie knapp 100 Sportsbars, ist es möglich in die Welt des Sports einzutauchen, an den neuesten Glücksspielgeräten aus einem hochkarätigen NOVOMATIC-Spieleportfolio zu wählen oder abwechslungsreiche und spannende Unterhaltung unter Freunden zu genießen. Allein in Niederösterreich gibt es nicht weniger als 55 Filialen und 23 Sportsbars.

Ein bedeutender Arbeitgeber

Dank jahrzehntelanger Tradition ist ADMIRAL das Kompetenzzentrum in Sachen Sportwetten und ein bedeutender überregionaler Arbeitgeber.

Entsprechend der Unternehmensphilosophie "Vertrauen schaffen durch Buchmacherkompetenz, Auszahlungssicherheit und Seriosität" präsentiert sich ADMIRAL ihren Kunden als verlässlicher Anbieter von Sportwetten.

Die ADMIRAL Casinos & Entertainment AG, gegründet 2011, bietet modernste Glücksspielgeräte mit dem attraktiven NOVOMATIC-Spieleportfolio. Glücksspiel innerhalb sicherer gesetzlicher Rahmenbedingungen und einer einzigartigen Atmosphäre in Kombination mit hohem Gästeservice zeichnet ADMIRAL aus.

ADMIRAL ist Lizenzinhaberin für den Betrieb von 2.244 Glücksspielgeräten in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark.

„NÖN online“, 09.09.2020

ADMIRAL ist immer in Ihrer Nähe

ADMIRAL ist der Nahversorger für Sportwetten und Glücksspiel in Österreich. Spannende Unterhaltung ist in Niederösterreich in 55 Filialen und 23 Sportsbars garantiert.



Admiral

ADMIRAL ist seit 1991 eine starke operative Marke mit festverankerten Wurzeln in Österreich, fungiert als Nahversorger für Sportwetten & Glücksspiel und ist seit mehreren Jahren die absolute Nummer 1 in ganz Österreich. Damit sichert ADMIRAL Arbeitsplätze im ganzen Land und leistet einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung.

In die Welt des Sports eintauchen



Genießen Sie einen abwechslungsreichen, spannenden Abend mit ADMIRAL. ADMIRAL

In über 250 Filialen österreichweit, davon 150 mit einladendem und modern gestaltetem Glücksspielbereich sowie knapp 100 Sportsbars, ist es möglich in die Welt des Sports einzutauchen, an den neuesten Glücksspielgeräten aus einem hochkarätigen NOVOMATIC-Spieleportfolio zu wählen oder abwechslungsreiche und spannende Unterhaltung unter Freunden zu genießen. Allein in Niederösterreich gibt es nicht weniger als 55 Filialen und 23 Sportsbars.

Ein bedeutender Arbeitgeber

Dank jahrzehntelanger Tradition ist ADMIRAL das Kompetenzzentrum in Sachen Sportwetten und ein bedeutender überregionaler Arbeitgeber. Entsprechend der Unternehmensphilosophie „Vertrauen schaffen durch Buchmacherkompetenz, Auszahlungssicherheit und Seriosität“ präsentiert sich ADMIRAL ihren Kunden als verlässlicher Anbieter von Sportwetten.

Die ADMIRAL Casinos & Entertainment AG, gegründet 2011, bietet modernste Glücksspielgeräte mit dem attraktiven NOVOMATIC-Spieleportfolio.

Einzigartige Atmosphäre und hoher Gästeservice

Glücksspiel innerhalb sicherer gesetzlicher Rahmenbedingungen und einer einzigartigen Atmosphäre in Kombination mit hohem Gästeservice zeichnet ADMIRAL aus. ADMIRAL ist Lizenzinhaber für den Betrieb von 2.244 Glücksspielgeräten in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark.

WELCOME BONUS

€100

10 15 20 25 30

**SPIELGUTHABEN
JETZT HOLEN!**

filiale.admiral.at

ADMIRAL

Nicht gültig für bereits registrierte Gäste. Spielguthaben in Form von Promotionsguthaben. Die jeweilige Gültigkeitsdauer des Bonus entnehmen Sie dem Promotionsbillet. Keine Barablässe möglich. Druck- und Satzfehler vorbehalten. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Gültig bis auf Widerruf. Mindestalter 18 Jahre.

ADMIRAL Casino & Entertainment AG – Entertainment mit Verantwortung. Zutritt nur für Personen ab 18 Jahren unter Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises. Beachten Sie unsere Hinweise zur Verantwortung. Spielguthaben in den Spielhöfen sowie online unter www.admiral-entertainment.at. Österreichische kostenlose Beratungshotline 0800 30 12 42.

18

Admiral

„www.orf.at“, 09.09.2020

„IBIZA“-AUSSCHUSS

Start mit Video und Rollenwechsel

Die Befragungen im „Ibiza“-U-Ausschuss gehen in die nächste Runde – im Gegensatz zum Frühjahr allerdings mit geschwärztem Videomaterial. Seit Dienstagmittag können die Abgeordneten Teile des lang ersehnten „Ibiza-Videos“ sichten. Doch der Zeitpunkt der Übermittlung wird kritisiert. Denn am Mittwoch wartet ein spannender Rollenwechsel.

Geladen ist Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), der auch dem Untersuchungsausschuss vorsitzt. Seit Beginn der Befragungen attestieren ihm die Oppositionsfraktionen Befangenheit, weil er sich mit Vertretern des Glücksspielkonzerns Novomatic getroffen hat. Dazu kommt, dass Sobotka Präsident des ÖVP-nahen Alois-Mock-Instituts ist, das von der Novomatic in den Jahren 2017 bis 2019 Inseratengelder für den „Mock-Report“ erhalten hat. Genau diesen Zeitraum untersucht der U-Ausschuss – „Untersuchungsausschuss betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“.

Das Alois-Mock-Institut besteht seit 2012. Der achtseitige „Mock-Report“ erschien 2017 insgesamt sechsmal, 2018 sechsmal, 2019 viermal. Die Novomatic hatte laut dem Institut 2017 je zweimal für 2.000 Euro, 2018 und 2019 je zweimal für jeweils 2.500 Euro inseriert. Ende Mai erhielt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft einen anonymen Hinweis betreffend des Instituts. Die Prüfung, ob ein Anfangsverdacht bestehe, sei noch nicht beendet, hieß es vonseiten der WKStA auf ORF.at-Nachfrage.

Sobotka will Vorsitzender bleiben

Sobotka hatte im ORF.at-Gespräch bekanntgegeben, dass er den Vorsitz nicht abgeben wird. In der Verfahrensordnung gibt es dazu keinen Automatismus. Lediglich der Vorsitzende kann entscheiden, ob er seine Funktion an die Zweite Nationalratspräsidentin übergibt – Doris Bures (SPÖ) wird während der Befragung Sobotkas den Vorsitz übernehmen, Norbert Hofer (FPÖ) hatte bereits erklärt, dass er wegen seiner Ladung nicht zur Verfügung steht. Für Sobotka hingegen ist die Ladung kein Grund für einen Rücktritt. Den Abschlussbericht werde er genau so weiterleiten, wie er vom Verfahrensrichter erstellt wird.

Nach Sobotka wird der ehemalige Novomatic-Sprecher Bernhard Krumpel als Auskunftsperson befragt. Krumpel verließ Anfang 2020 den Glücksspielkonzern. In der Vergangenheit war er als Pressesprecher des damaligen ÖVP-Finanzlandesrates von Niederösterreich, Sobotka, tätig. Dann wechselte er in das Kabinett von Ernst Strasser (ÖVP), der damals Innenminister war. Krumpel kommt in den Chatverläufen vor, die schon vor dem „Ibiza“-Ausschuss publik wurden.

Ex-Novomatic-Vorstand Harald Neumann, der dieses Jahr ebenfalls das Unternehmen verließ, aber noch im Aufsichtsrat der Casinos Austria (CASAG) ist, schrieb am 6. November 2017 eine SMS an Krumpel: „Hello, können wir tschank (Markus, Ex-FPÖ-Mandatar, Anm.) treffen! Sollten etwas in die regierungsverhandlungen (zwischen ÖVP und FPÖ, Anm.) einbringen.“ Krumpel antwortet: „Ja, er verhandelt allerdings medienbereich, wahrscheinlich brauchen wir eher finanz.“ Neumann erwiderte: „egal brauchen jemanden, der das thema kasinolizenzen einbringt!!“

Leistungen und Geld

Tschank steht im Fokus rund um die Ermittlungen zu möglichen verdeckten Parteispenden über parteinahe Vereine. Tschank leitet etwa das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik (ISP) und hatte mit Krumpel bis 2016 eine Beratungsgesellschaft namens Polimedia. Abgelöst wurde Krumpel Medienberichten zufolge Ende 2016 von Ex-FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo, der im Frühjahr 2019 als Novomatic-Kandidat Finanzvorstand in der teilstaatlichen CASAG wurde. Die Novomatic hielt bis vor Kurzem CASAG-Anteile. Krumpel wechselte 2017 zur Novomatic als Konzernsprecher.

Laut einem „profil“-Bericht fanden die Ermittler zwei Rechnungen von Polimedia an das ISP im Jahr 2017, beide augenscheinlich ausgefertigt vom damaligen Polimedia-Geschäftsführer Sidlo. Zwischen Novomatic und dem ISP besteht auch ein Vertrag, der laut dem Bericht im Jahr 2018 geschlossen worden ist – zu einer Zeit, als Tschank für die FPÖ bereits im Nationalrat saß. Die Novomatic hatte sich zu Zahlungen von insgesamt 200.000 Euro verpflichtet. „Jede Kooperation des ISP [...] basiert stets auf der Erbringung von jährlich genau definierten Gegenleistungen“, hieß es vonseiten Tschanks.

Wird dritte Auskunftsperson befragt?

Als dritte Auskunftsperson ist Markus Braun, Vorstand der Sigma Investment AG und ehemaliger freiheitlicher ORF-Stiftungsrat, geladen. Ob er befragt wird, ist fraglich. Bereits bei den vergangenen Sitzungen wurde die dritte Auskunftsperson wieder „ausgeladen“, da die Befragungen – gemäß Usus – nicht nach 17.00 Uhr beginnen.

Nein, es geht bei diesem Markus Braun nicht um den namensgleichen Ex-Wirecard-Chef, sondern um den Vorstand und Alleineigentümer der Sigma Investment AG. Braun ist unter anderem ÖVP-Mitglied, Obmann des FPÖ-Vereins „Austria in Motion“, Kassier des ISP, Ex-FPÖ-Stiftungsrat im ORF und der Schwager von Peter Sidlo. Gegen Braun wird wegen Untreue ermittelt, damit hat er als Beschuldigter ein weitreichendes Entschlagsrecht. Ihm wird vorgeworfen, über „Austria in Motion“ Spenden für die FPÖ eingesammelt zu haben. Das dementierte Braun bereits.

Timing der Videoübermittlung in der Kritik

Auch das „Ibiza-Video“ wird am Mittwoch wohl wieder Thema werden. Auf Anweisung von Justizministerin Alma Zadic (Grüne) lieferte die Oberstaatsanwaltschaft Wien am Dienstag zwei Datenträger mit Bilddateien und Transkripten an das Parlament, die den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden. Zadic hatte die Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien am Freitag angewiesen, die Aktenbestandteile dem Parlament auszuhändigen, wurde am Dienstag von beiden Seiten bestätigt. Ohne diese Aufforderung wäre die OStA erst Ende September verpflichtet gewesen, das Material vorzulegen, hieß es.

Zadic sei es jedoch ein Anliegen gewesen, dass der Untersuchungsausschuss bestmöglich arbeiten könne, teilte eine Sprecherin mit. Sowohl bei der Oberstaatsanwaltschaft Wien als auch aus dem Parlament bestätigte man jedoch, dass es sich bei dem übermittelten Material nicht um das gesamte „Ibiza-Video“ handle. Die Rede war von zwei Datenträgern, die Bild- und Tondokumente und Transkripte enthalten. Laut Parlament wurde das Material mit der

Sicherheitsstufe 1 (eingeschränkt) klassifiziert. Die Transkripte sollen den Abgeordneten nun zeitnah über eine Suchmaske zur Verfügung gestellt werden, die Dateien können eingesehen werden.

Für die Opposition bedeutete die Übermittlung der neuen Dateien an den U-Ausschuss keinen Erfolg. SPÖ, FPÖ und NEOS zeigten sich enttäuscht, dass es sich erneut nicht um das „Ibiza-Video“ in seiner Gesamtheit handle, und orteten zudem ein Ablenkungsmanöver von der Befragung von Nationalratspräsident Sobotka. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl nannte diese Kritik „befremdlich“ und wünschte sich eine Rückkehr zum eigentlichen Zweck des Untersuchungsausschusses.



U-Ausschuss erhält Teile des Ibiza-Videos

Oberstaatsanwaltschaft Wien liefert auf Weisung der Justizministerin.

Das Ibiza-Video hat den U-Ausschuss erreicht – allerdings nicht komplett. Auf Anweisung von Justizministerin Alma Zadic (Grüne) lieferte die Oberstaatsanwaltschaft (OStA) Wien am Dienstag zwei Datenträger mit Bilddateien und Transkripten an das Parlament, die den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden. „Alles, was von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zum Akt genommen wurde“, sei übermittelt worden, sagte ein Sprecher der OStA Wien.

Laut Parlament wurde das Material mit der Sicherheitsstufe 1 (eingeschränkt) klassifiziert. Die Transkripte sollen den Abgeordneten nun zeitnah über eine Suchmaske zur Verfügung gestellt werden, die Video-Dateien können eingesehen werden.

Zadic hatte die OStA Wien am Freitag angewiesen, die Aktenbestandteile an das Parlament auszuhändigen. Ohne diese Aufforderung wäre die OStA erst Ende September verpflichtet gewesen, das Material vorzulegen.

Das offenbar geschwärzte Material ging einen langen Weg: Über die „SoKo Ibiza“, die das Video im Frühjahr 2020 beschlagnahmte, schließlich erhielt es auch die OStA und noch später die WKStA.

Sobotka im U-Ausschuss

Die FPÖ hatte etwa auch den Ausschussvorsitzenden Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka für das Fehlen des Videos verantwortlich gemacht. Dieser hätte nämlich das Angebot des Anwalts des mutmaßlichen „Ibiza“-Drahtziehers annehmen sollen. Laut ei-

nem Gutachten des Parlaments wäre die Annahme zumindest fragwürdig gewesen.

Für die Opposition bedeutete die Übermittlung der neuen Dateien an den U-Ausschuss keinen Erfolg. SPÖ, FPÖ und Neos zeigten sich enttäuscht, dass es sich erneut nicht um das Ibiza-Video in seiner Gesamtheit handle, und orteten zudem ein Ablenkungsmanöver vor der für Mittwoch geplanten Befragung von Nationalratspräsident Sobotka im U-Ausschuss. „Das ist ganz sicher reiner Zufall“, kommentierte SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer das Auftauchen des Materials genau einen Tag vor der Sobotka-Befragung ironisch. Auch für Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper stellte sich das Timing „besonders auffällig“ dar. FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker

sprach ganz klar von einem medialen Ablenkungsmanöver. ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl nannte diese Kritik „befremdlich“ und wünschte sich eine Rückkehr zum eigentlichen Zweck des Untersuchungsausschusses.

Novomatic klagt Krainer

Neben den Neuigkeiten zum „Ibiza-Video“ wurde am Dienstag auch eine Klage publik. Der Glücksspielkonzern Novomatic klagt SPÖ-Fraktionschef Krainer wegen Kreditschädigung. Einen diesbezüglichen Bericht der Zeitung „Österreich“ bestätigte der Politiker am Dienstag.

Novomatic stößt sich an einer Behauptung Krainers über einen „schmutzigen Deal“ mit der ÖVP. Krainer hält die Aussage für nicht klagbar und zeigt sich dementsprechend gelassen. ■

Der Präsident im Zeugenstand

Der Ibiza-Untersuchungsausschuss startet in den Herbst – mit der Vernehmung seines eigenen Vorsitzenden Wolfgang Sobotka (ÖVP) und "Landschaftspflege" durch Novomatic.

Wolfgang Sobotka ist ein Mann, der es gewöhnt ist, mehrere Funktionen zu haben – aber heute dürfte sogar für den Nationalratspräsidenten und langjährigen ÖVP-Landes- und Bundespolitiker eine Premiere darstellen: Zum ersten Mal wird ein Vorsitzender eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses von eben diesem U-Ausschuss befragt.

Ergebnis hat sich diese besondere Konstellation aus einer Nebenfront des U-Ausschusses. Als Heinz-Christian Strache einst auf Ibiza über die Möglichkeit schwadronierte, Parteien am Rechnungshof vorbei über Vereine zu finanzieren, gerieten parteinahe Vereine ins Rampenlicht. Und einen solchen hatte Sobotka 2012, just in jenem Jahr, in dem neue, strengere Regeln zur Parteifinanzierung in Kraft traten, gegründet: das "Alois Mock Institut".

Auf der einen Seite handelt es sich dabei um einen mäßig aktiven "Think-tank", der Diskussionen organisiert, kleinere Schriften rund um Europa und Sozialthemen sowie Videoclips herausgibt, in denen ÖVP-Politiker

(und besonders der Präsident des Instituts, Sobotka) recht prominent vorkommen.

Die andere Seite: Das Mock-Institut teilte sich über Jahre einen Briefkasten mit einem halben Dutzend weiterer ÖVP-Vereine in einem Wohnhaus vis-à-vis der Landespartei-zentrale in Niederösterreich – von denen mehrere, wie auch das Institut selbst, recht großzügige Förderungen vom Land Niederösterreich erhalten.

Was aber die Oppositionsparteien im Bund auf den Plan gerufen hat und weswegen Sobotka heute unter Wahrheitspflicht aussagen muss: Unter den Inserenten des "Alois Mock Instituts" ist auch der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic, bekannt ebenfalls aus dem Ibiza-Video: "Novomatic zahlt alle" und für exzellente Kontakte in die Politik.

Viel soll es nicht sein, was das Institut von Novomatic bekommen hat: "Wie in vielen anderen Medien inseriert Novomatic auch im Mock-Report. Im letzten Jahr haben wir dafür zweimal 2625 Euro erhalten", so Christian Rädler, ehemaliger Kabinettschef Sobotkas und Geschäftsführer des Instituts.

Die Opposition sieht das freilich anders und vermutet sinistre Hintergründe. Im "Falter" hatte der Bruder und Anwalt eines Klinikbetreibers,

der auf die Liste der vom Privatkran-kenanstaltenfonds privilegierten Anstalten wollte, ausgesagt, seinem Bruder sei nahegelegt worden, unter anderem an das Mock-Institut zu spenden, um die ÖVP gewogen zu stimmen.

Neos-Fraktionschefin Stephanie Krisper will sich heute und morgen den "Verbindungen zwischen Novomatic und Politik" widmen. Neben Sobotka wird heute auch Bernhard Krumpel aussagen, einst sein Sprecher, später jener des Glücksspielunternehmens.

Eine weitere Front des U-Ausschusses findet diese Woche ihre Fortsetzung: Gestern hat das Justizministerium Teile des Ibiza-Videos sowie geschwärzte Protokolle davon an das Parlament übermittelt.

Da es sich aber eben nicht um das eingeforderte gesamte Video handelt, sondern nur um jene Teile, die die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zum Akt genommen hat, dürfte die Opposition am Donnerstag einen Antrag auf Nachlieferung stellen. Kommt das Justizministerium – wie allgemein erwartet – dem unter Berufung auf Persönlichkeitsrechte nicht nach, können SPÖ und Neos die Auslieferung des Videos beim Verfassungsgerichtshof beantragen.

Der Ibiza-U-Ausschuss befragt seinen eigenen Vorsitzenden Sobotka

Wien – Ausgerechnet am Dienstag, am Tag vor der heiklen Befragung des Vorsitzenden des Ibiza-Untersuchungsausschusses, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), lieferte die Oberstaatsanwaltschaft den Parlamentsfraktionen Teile des Ibiza-Videos. Seit Monaten wartet der U-Ausschuss auf den Film aus der spanischen Finca. Das gesamte Material wurde aber nicht geliefert. Die Opposition fordert weiterhin das Video in voller Länge. Vor allem aber kritisiert sie den Zeitpunkt der Lieferung. SPÖ, FPÖ und Neos vermuten dahinter ein Ablenkungsmanöver vor der Befragung Sobotkas im U-Ausschuss, in der es auch um seine Verbindungen zum Glücksspielkonzern Novomatic gehen wird. (red)

Der Vorsitzende wird zum Befragten

Durch Straches Aussagen im Ibiza-Video geriet das Gebaren des Glücksspielkonzerns Novomatic in den Fokus. Am Mittwoch will sich der U-Ausschuss den Verbindungen zur ÖVP widmen. Fabian Schmid Das Prinzip ist etwa aus der US-Politik bekannt: Ein Unternehmen unterstützt alle politischen Entscheidungsträger mit Spenden, um Zugang zu bekommen. Genau das mache der Glücksspielkonzern Novomatic auch in Österreich, erklärte 2017 der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache auf Ibiza der falschen Oligarchennichte und ihrem Begleiter JH.

Strache: Es gibt ja Leute, die den KURZEN zahlen und auch uns zahlen, die sind dann Doppelclub (unverständlich). Aber die sind dann wenigstens ehrlich, die sagen: Schau, wir zahlen beide Seiten. Und dann gibt's noch ein paar Big Player, die sagen, wir zahlen allen dreien. Dann sag ich, na schau. Ist wenigstens pragmatisch (...) Novomatic zum Beispiel, Novomatic, Generalbeschluss, wir zahlen drei. JH: Wir zahlen drei. Jede Partei? Strache: Alle Parteien mit Einfluss, das ist pragmatisch, das ist pragmatisch, das ist pragmatisch, macht aber auch Sinn.

Nach Erscheinen des Videos dementierten Strache und Novomatic die Aussagen. Seither haben Ermittlungen und Recherchen ein System der "politischen Landschaftspflege" durch Novomatic gezeigt, das Straches Aussagen unterstützt. Am Mittwoch will sich der Ibiza-U-Ausschuss der Beziehung zwischen ÖVP und Novomatic widmen. Im Fokus steht der eigene Vorsitzende: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP).

Schirmherr Kurz

Novomatic finanzierte das von ihm gegründete Alois-Mock-Institut. 2017

bis 2019 inserierte der Konzern um 14.000 Euro im "Mock-Report" des Instituts. Veranstaltungen des Vereins wurden teilweise im Novomatic-Forum in Wien abgehalten. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) wurde, als er Außenminister war, auf Facebook als Schirmherr des Instituts präsentiert. Der Anwalt des Privatklinikbetreibers Walter Grubmüller behauptete, diesem sei von einem ÖVP-nahen PR-Berater geraten worden, dem Mock-Institut zu spenden, um mehr Erfolg im Lobbying zu haben.

Sobotka verfügte auch abseits des Instituts über beste Beziehungen zu Novomatic. Der einstige Konzernsprecher Bernhard K. war zu Beginn seiner Karriere bei Sobotka tätig; die Großnichte des Novomatic-Gründers Johann Graf und Ehefrau des Aufsichtsratsvorsitzenden Bernd Oswald arbeitete früher in Sobotkas Büro. K. wird am Mittwoch gleich nach Sobotka aussagen, Grafs Großnichte ist im Oktober geladen.

Die Opposition vermutet, dass Sobotka auch bei der Neubestellung des Vorstands der Casinos Austria AG (Casag) mitgemischt hat. So besuchte der ÖVP-Politiker am 13. März, in der entscheidenden Phase des Vorstand-Pokers, Novomatic-Gründer Graf und Aufsichtsratsvorsitzenden Oswald. Der schrieb genau zu dieser Uhrzeit an den Novomatic-CEO Harald Neumann, er brauche dringend Unterlagen zur Casag. Sobotka hat jede Involvement bestritten, der Besuch bei der Novomatic sei wegen der AK-Wahl erfolgt, hieß es.

Anders ist das bei Öbag-Chef Thomas Schmid, Ex-Finanzminister Hartwig Löger und Casinos-Vorständin Bettina Glatz-Kremsner (alle ÖVP): Sie waren aufgrund ihrer damaligen Funktionen an der Neubestellung des

Vorstandes beteiligt. Damals, im Frühjahr 2019, mussten sich Republik und Novomatic arrangieren, um gegen den größten Aktionär, die tschechische Sazka, eine Chance zu haben. Die ÖVP war mit der Vorstandsbestellung von Glatz-Kremsner, ihrer einstigen Vizeparteiobfrau, befriedigt; die Sazka schickte den Manager Martin Škopek; die Novomatic pushte den blauen Bezirksrat Peter Sidlo. Zweifel an Sidlos Qualifikation führten zu Ermittlungen und seiner Abberufung, gegen mehr als ein Dutzend Personen wird ermittelt – darunter auch Löger und Glatz-Kremsner. Beide sollen am Donnerstag aussagen, für sie gilt die Unschuldsvermutung.

Im blauen Zwielficht

Ins Zwielficht geriet die Novomatic wegen ihrer Unterstützung für die FPÖ. So wurde ein Kooperationsvertrag mit dem blauen Institut für Sicherheitspolitik abgeschlossen – es sollten ab dem Jahr 2017 exakt 200.000 Euro für drei Jahre fließen, nun laufen Ermittlungen.

Die Novomatic war auch in anderen politischen Gefilden aktiv. Das Magazin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands etwa, dessen Obmann Christoph Matznetter im Ausschuss sitzt, wurde unterstützt. Gegen den SPÖ-Abgeordneten Kai Jan Krainer strengt die Novomatic laut Österreich nun eine Klage wegen Kredit-schädigung an. Sie stößt sich an der Behauptung Krainers, die Novomatic hätte einen "schmutzigen Deal" mit der ÖVP gehabt. Krainer sieht dies gelassen.

(Abbildung)

Bild: Wolfgang Sobotka (ÖVP) verfügte nicht nur als Präsident des Alois-Mock-Instituts über gute Kontakte zum Novomatic-Konzern.

„www.orf.at“, 08.09.2020

SOBOTKA VOR U-AUSSCHUSS-AUFTRITT

„Würde wieder mit Novomatic reden“

Ist Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) als Vorsitzender im „Ibiza“-Ausschuss durch Kontakte zur Novomatic und Werbungen der Novomatic für das von Sobotka ins Leben gerufene Alois Mock Institut befangen? Die Opposition behauptet dies. Sobotka sagt im Vorfeld seiner Befragung am Mittwoch gegenüber ORF.at deutlich „nein“. Und hält fest: Er würde wieder mit der Novomatic reden – „so wie mit vielen anderen Unternehmen auch“. Er habe den Eindruck, der Ausschuss diene der Oppositionsarbeit und nicht der Aufklärungsarbeit.

Vor der politischen Sommerpause hatte Sobotka in einem Hintergrundgespräch vor Journalisten angekündigt, dass er gerne „als Erster“ im U-Ausschuss nach der Sommerpause auftreten werde. Und nicht, bis auf seinen Befragungstag, die Vorsitzführung zurücklegen werde.

Im Gespräch mit ORF.at vor seinem Auftritt am Mittwoch erneuert Sobotka diese Position: „Zur Diskussion über die Frage einer behaupteten Befangenheit ist meine Linie ganz klar. Würde es diese geben, hätte der Gesetzgeber diese klar eingeschränkt. Und man hätte ja auch alle drei Nationalratspräsidenten laden können – dann wären, nach der Logik mancher im Ausschuss, alle befangen.“

Sobotka gesteht „aber vielleicht den Fehler“, dass er seine Kollegin, die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures von der SPÖ, „früher in die Stellvertretung“ hätte einbinden können. Er sei sich jedenfalls sicher, dass alle drei Nationalratspräsidenten den Vorsitz in gleicher Weise und gut führen würden.

„Ausschuss von Anfang an durchwachsen“

Für ihn sei aber dieser U-Ausschuss „von Anfang an durchwachsen“ gewesen, weil er in „vielerlei Hinsicht politischer ist als in der Vergangenheit“: „Oft scheint es, dass die politische Abrechnung und nicht die Aufklärung im Fokus steht.“ Dabei sollte der U-Ausschuss ein Mittel der politischen Aufklärung sein, und nicht ein Gerichtsverfahren. Geladen sei man, so Sobotka, als „Auskunftspersonen“. Und als solche sollte man die Geladenen behandeln. Das gelte übrigens „auch für die Medien“.

Die Oppositionsparteien im Untersuchungsausschuss halten Sobotka schon länger für befähigt und nicht geeignet, den Vorsitz im „Ibiza“-Untersuchungsausschuss zu führen. Als eines der Argumente wird ins Treffen geführt, dass der ÖVP-Politiker auch Präsident des Alois Mock Instituts ist. Sobotka verweist dabei auf seine Rolle als Ehrenpräsident. In der Zeitschrift des Instituts hatte Novomatic eine Reihe von Werbungen geschaltet. Und Novomatic wiederum steht im Mittelpunkt von Prüfungen rund um die Involvement in der Causa Casinos, in der mögliche verdeckte Parteispenden und Absprachen rund um das Zustandekommen des Glücksspielgesetzes eine Rolle spielen.

„Lasse mir Inserate nicht in schiefes Licht rücken“

Zur Novomatic-Frage positioniert sich Sobotka so: Er lasse die Inserate der Novomatic im „Alois Mock Report“ „nicht in ein schiefes Licht rücken“. Pro Inserat habe es 2.500 Euro gegeben, und alle Vorgänge seien belegt.

„Für mich ist es vollkommen legitim, dass sich ein Unternehmen mit Anliegen an die Politik wendet“, so Sobotka: „Als Politiker muss ich entscheiden zwischen dem Eigeninteresse eines Unternehmens und dem Interesse der Allgemeinheit – und Letzteres steht für den Politiker immer im Mittelpunkt seines Handelns. Vorgänge dieser Art müssen aber transparent gemacht werden.“

Dass eine Regierung Menschen ihres Vertrauens in „verantwortungsvolle Positionen“ setze, sei ein „legitimer Vorgang“, so Sobotka, der dabei an ASFINAG-Bestellungen im Ressortbereich der Grünen erinnert. Entscheidend sei, dass Personen eine entsprechende Qualifikation mitbrächten.

„Ich habe in meiner Funktion als Arbeitnehmervertreter immer wieder mit der Novomatic geredet, so wie ich mit vielen anderen Unternehmen, die in Niederösterreich tätig sind, geredet habe und rede. Und ich würde wieder mit der Novomatic reden, weil das ein großer Arbeitgeber ist, an dem viele Jobs und Existenzen hängen“, so Sobotka. Er habe nie mit der Novomatic über Stellenbestellungen geredet – „das ist ja auch nicht die Aufgabe des Parlamentspräsidenten“.

„Werde den Teufel tun, ein Jota zu ändern“

Was den Abschlussbericht anlange, werde er „den Teufel tun, was auch meine Aussagen betrifft, auch nur ein Jota gegenüber der Vorlage des Verfahrensrichters abzuweichen“: Er habe beim Abschlussbericht im Eurofighter-U-Ausschuss exakt den Bericht des Verfahrensrichters weitergegeben.

Zum Vorwurf der parteiischen Vorsitzführung wolle er in Erinnerung rufen, dass der Vorsitzende als Leiter des Verfahrens immer auf der Grundlage der Einschätzung des Verfahrensrichters agiert.

Dass das Klima im U-Ausschuss auch von externen Faktoren – Stichwort: Situation im Justizressort – mitbestimmt worden sei, stimme. „Da müssen auch die Ministerien an sich arbeiten, was ihr Erscheinungsbild nach außen und in den Medien anlangt“, so Sobotka.

„Österreich“, 08.09.2020

POLITIK

Novomatic klagt Krainer auf 60.000 Euro

Krainer
Glücksspiel-
konzern klagt.



Ibiza-Ausschuss: SP-Mandatar im Clinch

Glücksspielkonzern klagt roten Fraktionsführer wegen „Schmutziger Deal“-Sager.

Wien. Der Ibiza-U-Ausschuss ist um eine Facette reicher. Glücksspielkonzern Novomatic klagt SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer auf Unterlassung und Widerruf. Der Gesamtstreitwert laut der Klagschrift, die ÖSTERREICH vorliegt, beläuft sich auf stolze 60.000 Euro.

Konkret geht es dem Konzern darum, dass Krainer „am 11. Juli 2020 durch den SPÖ-Parlamentsklub die Verbreitung einer APA-OTS mit der Überschrift „U-Ausschuss – Krainer: Schmutziger ÖVP-Deal mit Novomatic ist schiefgegangen“ veranlasst“ habe. In dieser Aussendung habe „der Beklagte behauptet“, dass die ÖVP die CASAG-Miteigentümerin Novomatic gebraucht habe, um „die Kontrolle im Aufsichtsrat und Vorstand der CASAG zu behalten“.

Dafür wollte die ÖVP das



Ibiza-U-Ausschuss.

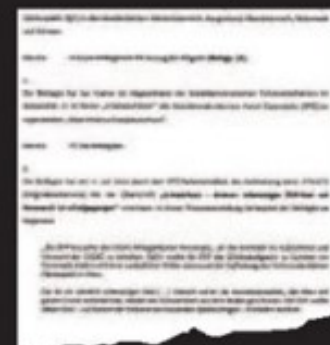
ten von Novomatic ändern

»Schmutziger Deal«-Vorwurf strafbarer Handlung

Vorwurf. Der Anwalt der Novomatic, Peter Zöchbauer, sieht in dem Sager vom „schmutzigen Deal“ den Vorwurf einer „gerichtlich strafbaren Handlung“, wie er in der Klagschrift an das Handelsgericht Wien argumentiert. Daher sehe er den „Tatbestand der Kreditschädigung“ erfüllt. Der „Beklagte“ habe auch eine „zivilrechtliche Ehrenkränkung“ zu „verantworten“.

Krainer ist als Abgeordneter freilich immun. Er müsste erst „ausgeliefert“ werden. Seine Aussagen hat er allerdings nicht im Ausschuss selbst, sondern danach getätigt.

»Schmutziger Deal«-Vorwurf mit Nachspiel



In der Klagschrift an das Wiener Handelsgericht argumentiert Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer mit Vorwurf einer „gerichtlich strafbaren Handlung“.

Kassenzinsen, Abgaberichter zum Nationalrat
glt Sozialdemokratische Parlamentarierinnen – Klub der
sozialdemokratischen Abgeordneten zum Nationalrat,
Bundesrat und Europäisches Parlament
von 7. März, Dr. Karl Renner Ring 3

Unterlassung, KATG	EUR 30.000,00
Unterlassung, JRGSG	EUR 34.000,00
Unterlassung/Rückzahlung, KATG	EUR 1.000,00
Unterlassung/Rückzahlung, JRGSG	EUR 1.000,00
Zahlung	EUR 25.000,00
Gesamtstreitwert KATG	EUR 66.000,00
Gesamtstreitwert JRGSG	EUR 66.000,00

Der Gesamtstreitwert beläuft sich auf 60.000 Euro und bezieht sich auf den „Schmutziger Deal“-Sager.

„Die Presse online“, 08.09.2020

U-Ausschuss: Novomatic klagt Krainer

Der Streitwert soll bei 60.000 Euro liegen. Der SPÖ-Fraktionsführer gibt sich gelassen. Der Glücksspielkonzern Novomatic wirft Krainer Kreditschädigung vor.



Jan Krainer (Archivbild) APA/HELMUT FOHRINGER

Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuss, hat eine Klage wegen Kreditschädigung am Hals. Einen entsprechenden Bericht der Zeitung "Österreich" bestätigte der Politiker am Dienstag. Kläger ist der Glücksspielkonzern Novomatic, der sich an einer Behauptung Krainers über einen "schmutzigen Deal" mit der ÖVP stößt. Krainer hält die Aussage für nicht klagbar und zeigt sich dementsprechend gelassen.

Dem "Österreich"-Bericht zufolge gehe es der Klagsschrift an das Handelsgericht Wien entsprechend um einen Streitwert von 60.000 Euro. Krainer habe demnach im Juli 2020 in einer SPÖ-Aussendung von einem "schmutzigen Deal" der ÖVP mit Novomatic gesprochen und behauptet, die ÖVP habe die Casag-Miteigentümer Novomatic gebraucht, um die Kontrolle im Aufsichtsrat zu behalten. Ein Novomatic-Anwalt sieht diesen Vorwurf demnach als gerichtlich strafbare Handlung und den Vorwurf der Kreditschädigung erfüllt. Bevor Krainer belangt werden könnte, müsste er erst ausgeliefert werden, denn als Abgeordneter genießt er Immunität.

Krainer zeigte sich am Dienstag in einer ersten Reaktion allerdings nur wenig reumütig. Er meinte, dass es sich bei seinen Aussagen nicht um Behauptungen, sondern um Tatsachen handle. Das werde im Untersuchungsausschuss auch nachgewiesen werden, ist er überzeugt. Er sieht der Klage gelassen entgegen, betonte er - auch weil er die Aussagen als nicht klagbar einordnet. Die Frage, was ein "schmutziger Deal" sei, sei eine reine Wertungsfrage, so Krainer.

„APA“, 08.09.2020

U-Ausschuss: Novomatic-Klage gegen Krainer - SPÖ-Politiker gelassen

Utl.: "Österreich": 60.000 Euro Streitwert

Wien (APA) - Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuss, hat eine Klage wegen Kreditschädigung am Hals. Einen Bericht der Zeitung "Österreich" bestätigte der Politiker am Dienstag der APA. Kläger ist der Glücksspielkonzern Novomatic, der sich an einer Behauptung Krainers über einen "schmutzigen Deal" mit der ÖVP stößt. Krainer hält die Aussage für nicht klagbar und zeigt sich dementsprechend gelassen.

Laut dem "Österreich"-Bericht geht es der Klagsschrift an das Handelsgericht Wien zufolge um einen Streitwert von 60.000 Euro. Krainer habe demnach im Juli 2020 in einer SPÖ-Aussendung von einem "schmutzigen Deal" der ÖVP mit Novomatic gesprochen und behauptet, die ÖVP habe die CASAG-Miteigentümer Novomatic gebraucht, um die Kontrolle im Aufsichtsrat zu behalten. Ein Novomatic-Anwalt sieht diesen Vorwurf demnach als gerichtlich strafbare Handlung und den Vorwurf der Kreditschädigung erfüllt. Bevor Krainer belangt werden könnte, müsste er erst ausgeliefert werden, denn als Abgeordneter genießt er Immunität.

Krainer zeigte sich am Dienstag in einer ersten Reaktion allerdings nur wenig reumütig. Er meinte, dass es sich bei seinen Aussagen nicht um Behauptungen, sondern um Tatsachen handle. Das werde im Untersuchungsausschuss auch nachgewiesen werden, ist er überzeugt. Er sieht der Klage gelassen entgegen, betonte er - auch weil er die Aussagen als nicht klagbar einordnet. Die Frage, was ein "schmutziger Deal" sei, sei eine reine Wertungsfrage, so Krainer.

Präsident im Visier der Opposition

Der Ibiza-U-Ausschuss nimmt mit der Befragung von Wolfgang Sobotka wieder an Fahrt auf.

Von Daniel Bischof

Mit einem Rollentausch startet der Ibiza-U-Ausschuss aus der Sommerpause in den Herbst: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Vorsitzender des Ausschusses, wird am Mittwoch zur Auskunftsperson. Die Opposition ortet ein problematisches Naheverhältnis zwischen Sobotka und dem Glücksspielkonzern Novomatic. Sobotka und die ÖVP weisen das als "konstruierten Vorwurf" zurück.

Im Mittelpunkt des Disputs steht das in St. Pölten ansässige "Alois Mock Institut", dessen Präsident Sobotka ist. Novomatic hat in der Zeitschrift des Vereins in den Jahren 2017 bis 2019 für insgesamt 14.000 Euro Inserate geschaltet. Für die Opposition wirft das die Frage auf, ob damit eine verdeckte Parteispende am Rechnungshof vorbei an einen ÖVP-nahen Verein getätigt wurde.

SPÖ, Neos und FPÖ halten Sobotka für befangen und fordern, dass er seinen Vorsitz im U-Ausschuss zurücklegt. Die Rolle des Glücksspielkonzerns Novomatic in der Casinos-Affäre und bei mutmaßlich verdeckten Parteispenden sei nämlich ein zentrales Untersuchungsthema.

Parteinähe im Fokus

Sobotka dementiert die Vorwürfe und sieht sich als "ganz klar nicht befangen" an, wie er zuletzt im Interview mit der "Wiener Zeitung" erklärte. Auf die Vorsitzführung will er nicht verzichten.

Auch das Mock-Institut weist die Vorwürfe als "haltlos" zurück. Finanziell und strukturell sei das Institut "von Parteien völlig unabhängig", sagt Obmann Christian Rädler. Für ihn ist der Verein ein "bürgerlicher Think-tank".

Die SPÖ kann das nicht nachvollziehen. Sie will bei Sobotkas Befragung Verbindungen zwischen der Volkspartei und dem Alois-Mock-Institut nachzeichnen. "Wir werden widerlegen, dass das Institut nichts mit der ÖVP zu tun hat", sagt SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer im Gespräch mit der "Wiener Zeitung".

Dass Sobotka geladen wurde, sei kein "Versuch, politisches Kleingeld zu machen", so FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker. Vielmehr tauche der Nationalratspräsident in den U-Ausschuss-Akten immer wieder auf und sei "Dreh- und Angelpunkt".

Für problematisch hält die Opposition auch Sobotkas Rolle bei der Übermittlung des Ibiza-Videos an den Ausschuss. Obwohl die Aufzeichnung bereits am 21. April bei einer Durchsicherung sichergestellt wurde, konnte sie von den Ausschussmitgliedern bisher nicht gesichtet werden. Laut Hafenecker ist die Verzögerung auch auf Sobotka zurückzuführen. Der ÖVP-Politiker betreibe "Sobotage". So habe dieser das Angebot eines deutschen Rechtsanwalts, der das Video dem Ausschuss übermitteln wollte, aus strittigen, juristischen Gründen abgelehnt, meint Hafenecker.

Warten auf das Video

"Wir haben bis heute nichts bekommen – nicht einmal geschwärzte Transkripte", sagt Krainer. Er erwarte sich zwar nicht, dass sich durch das Video noch "bahnbrechende Erkenntnisse" zeigen: "Es ist aber hoch an der Zeit, dass das geliefert wird." Auch auf diverse Dokumente und E-Mails von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) warte man noch, kritisiert Krainer.

Während seiner Befragung wird Sobotka durch die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ) vertreten. Unter ihrer Vorsitzführung wird am Mittwoch auch Bernhard

Krumpel befragt. Der ehemalige Leiter der Konzernkommunikation von Novomatic wird in der Causa Casinos beschuldigt: Er soll in mögliche Absprachen zwischen türkisch-blauen Politikern und Novomatic rund um die Vergabe von Glücksspiellizenzen involviert gewesen sein. Krumpel bestreitet das.

Als dritte Auskunftsperson folgt Markus Braun, freierhändlerischer ORF-Stiftungsrat und Vorstand der Sigma Investment AG. Braun war Mitglied in diversen FPÖ-nahen Vereinen wie dem zuletzt in den Fokus geratenen "Institut für Sicherheitspolitik". Dieses hat ebenfalls Gelder von Novomatic erhalten. Die Opposition will untersuchen, ob es hier verdeckte Parteispenden am Rechnungshof vorbei an die FPÖ gab.

Entschlagung möglich

Das Thema Glücksspiel wird den U-Ausschuss dann auch am Donnerstag beschäftigen. Als Auskunftsperson geladen ist Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP). Wie Krumpel und Braun wird Löger in Strafverfahren als Beschuldigter geführt: Er könnte bei seiner Befragung daher ausführlich von seinem Entschlagsrecht Gebrauch machen.

Ergiebiger könnten sich am Donnerstag die Fragerunden mit Bettina Glatz-Kremsner, Generaldirektorin der Casinos Austria, gestalten. Ihr steht kein Entschlagsrecht zu, da kein Strafverfahren gegen sie läuft. Bei ihrer Befragung wird es vor allem um die Bestellung des FPÖ-Politikers Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria gehen.

Statt als Vorsitzender wird Wolfgang Sobotka am Mittwoch als Auskunftsperson im U-Ausschuss Platz nehmen. Foto: apa/Schlager

FPÖ schießt sich auf Türkiye ein

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ist morgen die erste Auskunftsperson nach der Sommerpause des Ibiza-Untersuchungsausschusses.

Wien - Von Sabotage spricht FPÖ-Mann Christian Hafenecker nicht-aber von "Sobotage", wie der blaue Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuss in einem Wortspiel mit dem Namen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) meint. Der Grund für den Ärger: Sobotka habe verhindert, dass ein Berliner Anwalt dem U-Ausschuss das gesamte Ibiza-Video ungeschwärzt zur Verfügung stellt. Tatsächlich hatte der Nationalratspräsident das Angebot des Anwalts-dieser vertritt einen der Macher des Videos-ausgeschlagen. Er berief sich dabei auf die Rechtsmeinung der Parlamentsdirektion.

Sobotka ist morgen die erste Auskunftsperson des Ausschusses nach der Sommerpause. Er ist Präsident des "Alois Mock Instituts", das vom Glücksspielkonzern Novomatic Geld erhalten hat. Für die Opposition steckt dahinter der Versuch der ÖVP, Spenden am Rechnungshof vorbei zu kassieren.

In den Augen von SPÖ, FPÖ, NEOS und Grünen ist Sobotka damit auch als Vorsitzender des U-Aus-

schusses nicht mehr tragbar, wegen Befangenheit. Dieser aber winkt ab. Er will sich während seiner eigenen Befragung vertreten lassen-das muss er. Einen Grund für weitere Konsequenzen sieht er aber nicht.

Überhaupt versuchen die Freiheitlichen, die Vorwürfe im Ausschuss von sich wegzuspielen-auch wenn am Beginn das Ibiza-Video stand, in dem sich die früheren Parteigrößen Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus unterhalten, wie mit Hilfe von Vereinen Spenden am Rechnungshof vorbeigeschleust werden könnten.

Konkret nimmt Hafenecker die "Soko Tape" ins Visier. Er kündigte an, eine Sachverhaltsdarstellung gegen deren Leiter Andreas Holzer einbringen zu wollen. Holzer habe es bereits 2015 unterlassen, Ermittlungen gegen Strache wegen des Verdachts des Drogenmissbrauchs einzuleiten.

Die Hinweise seien damals von Personen gekommen, die später unter den Drahtziehern des Ibiza-Videos waren. Auffällig sei auch, dass Holzer diesen Informanten offenbar von höchsten Kreisen der ÖVP, nämlich

vom damaligen Generalsekretär Fritz Kaltenegger, empfohlen worden sei.

Für Donnerstag sind der Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) und Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner geladen. Das Thema dabei: Personalbesetzungen bei den Casinos; die Opposition vermutet Postenschacher.

Und noch eine Frage beschäftigt den Ausschuss: Prominente Zeugen wie Novomatic-Eigentümer Johann Graf und die Milliardärin Heidi Horten sind bereits im Frühjahr ihrer Ladung nicht gefolgt-aus gesundheitlichen Gründen, wegen Corona. Für den Herbst haben sie sich wieder entschuldigt. Hafenecker will nun durchsetzen, dass während der Pandemie auch Videobefragungen möglich sind. Von SPÖ und NEOS will er bereits Signale der Zustimmung erhalten haben, von ÖVP und Grünen erwartet er keinen Widerstand.

Alle Fraktionen sind sich einig, dass sie das vollständige Ibiza-Video zu sehen bekommen wollen. (TT)

Sobotka unter Wahrheitspflicht

Ibiza. Der U-Ausschuss startet mit dem Vorsitzenden Wolfgang Sobotka im Zeugenstand. Es geht um ein Institut, das nichts mit der ÖVP zu tun haben will. Und Novomatic.

VON ANNA THALHAMMER

Wien. Der Star in dieser U-Ausschusswoche heißt Wolfgang Sobotka. Er wechselt am Mittwoch den Stuhl, wird vom Vorsitzenden zum Zeugen. Es geht um vermeintlich verschleierte Parteispenden, Deals mit Novomatic und vermutete Postenschacherei. Sobotka bestreitet alle Vorwürfe und sieht keine Befangenheit.

Im Zentrum der Befragungen wird das Alois-Mock-Institut stehen, dessen Präsident Wolfgang Sobotka ist. Das Institut gibt das Druckwerk „Report“ heraus. 2017 und 2018 erschien dieser à acht Seiten je sechs Mal. Auflage: 2500 Stück. Die Inseratenlage war im Verhältnis großzügig. 2017 bekam das Institut einen steuerpflichtigen Anzeigenumsatz in der Höhe von knapp 37.000 Euro. 2018 waren es rund 38.000 Euro. Unter den Inserenten finden sich das Land Niederösterreich, die EVN, die Hypo Niederösterreich und Novomatic. Dazu kommen etwa 2018 noch 45.000 Euro Förderungen des Landes Niederösterreich für ein Buchprojekt. Sobotka sagt, das Institut habe nichts mit der ÖVP zu tun – die Opposition will das widerlegen.

Ein weiterer Befragungsschwerpunkt sollen Sobotkas Verbindung zu Novomatic sein. Die Opposition glaubt, er habe an der Vorstandsbestellung bei den Casinos rund um Peter Sidlo mitgewirkt – darauf würden zwei Treffen mit Novomatic-Chef Johann Graf hinweisen. Sobotka hatte als Finanzlandesrat Niederösterreichs bereits in der Vergangenheit mit Novomatic zu tun. Der Konzern ist im niederösterreichischen Gumpoldskirchen beheimatet und somit ein großer wirtschaftlicher Faktor im Land, das vergleichsweise liberale Glücksspielregeln hat.

Am Nachmittag wird Bernhard K. befragt. Er war bis vor Kurzem Novomatic-



Der U-Ausschuss startet mit Wolfgang Sobotka als Zeugen in den Herbst.

[APA/Schlager]

Pressesprecher und einst Mitarbeiter von Sobotka. Er wird von der Opposition als Drehscheibe zwischen Politik und Wünschen des Konzerns gesehen.

Als letzte Auskunftsperson wird an diesem Tag Markus Braun einvernommen. Gegen ihn wird wegen vermuteter verschleierte Vereinskonstruktionen und Parteispenden rund um die FPÖ ermittelt. Als Beschuldigter kann er sich bei der Befragung entziehen. Das werden übrigens auch die Millionärin und ÖVP-Spenderin und Millionärin Heidi Horten sowie Novomatic-Chef Johann Graf tun, die für diesen Tag geladen gewesen wären. Sie geben an, wegen Corona nicht kommen zu wollen. Alle Parteien wollen gemeinsam bei Höchstgerichten eine Vorladung erzwängen.

Österreichisches Roulette

Der Donnerstag steht im Zeichen der Casinos. Ex-ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger soll zu Entscheidungen rund um Postenbesetzungen bei den Casinos Auskunft geben. In seiner Beschuldigtenvernehmung bei der Staatsanwaltschaft gab er an, von vielem erst spät erfahren zu haben.

Casinos-Vorständin Bettina Glatz-Kremsner hätte schon vor dem Sommer aussagen sollen – und holt das nun nach. Sie soll schon sehr früh von der neuen Besetzung im Casinos-Vorstand gewusst haben. Glatz-Kremsner ist seit 2019 Vorstandschefin – bis dahin war sie Finanzvorständin der Casinos. Für den Jobwechsel innerhalb des Konzerns hat sie eine Abfertigung von 1,6 Millionen Euro erhalten – auch dazu hat der U-Ausschuss viele Fragen. Außerdem soll

ihre Rolle in der ÖVP beleuchtet werden. Der dritte Zeuge ist ein ehemaliger Beamter des Finanzministeriums, der dann bei den Casinos anheuerte.

Eigentlich wäre der ehemalige Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher geladen gewesen – auch er entschlägt sich wegen Corona-Sorgen. In Wiener Innenstadtlökalen dürfte er diese Angst allerdings nicht haben – die „Presse“ sichtete ihn kürzlich in einem gut besuchten.

Potpourri an Zeugen und Themen

Die dritte Septemberwoche dreht sich um die Beteiligungen des Staates Österreich: Es geht um die unter Türkis-Blau umstrukturierte Öbag, Postenbesetzungen und Privatisierungspläne. Auch zum Bundesrechnungszentrum soll es Privatisierungspläne gegeben haben. Die OMV als größter Staatsbetrieb soll ebenfalls unter die Lupe genommen werden: CEO Rainer Seele soll zu den Verhandlungen zwischen Politik und Konzern ebenso Auskunft geben wie zu Postenbesetzungen und aktuellen Projekten. Auch der „Borealis-Deal“ soll unter die Lupe genommen werden. Anfang des Jahres erhöhte die OMV ihre Anteile auf 75 Prozent – es handelt sich um einen der größten Wirtschaftsdeals der zweiten Republik, für den die OMV viel Geld aufbringen muss.

Neben Seele werden diesen Herbst auch noch einige andere Kaliber der heimischen Wirtschaft (und manch ÖVP-Großspender) in den Zeugenstand gerufen: Darunter Immobilieninvestor René Benko, KTM-Chef Stefan Pierer, Uniqa-Chef Andreas Brandstetter oder Andritz-Chef Wolfgang Leitner.

➤ **Heißer Herbst in der Hofburg** ➤ **Befragungen starten**

U-Ausschuss: Ibiza

Der Ibiza-U-Ausschuss kehrt morgen ganz offiziell aus seiner Sommerpause zurück. Und obwohl den Abgeordneten das wichtigste Beweisstück – nämlich das berühmt-berüchtigte Video beziehungsweise eine Abschrift davon – nach wie vor nicht vorliegt, wird die zweite Staffel des Ausschusses wohl alles andere als langweilig. Ein Ausblick auf einen heißen Herbst in der Hofburg.

So richtig ruhig ist es im Sommer nicht um den Ibiza-U-Ausschuss geworden. Ab morgen wird es aber wieder ernst, schließlich startet der Ausschuss mit seinen Befragungen in den Herbst.

Gleich zu Beginn steht ein außergewöhnlicher Auftritt des Ausschussvorsitzenden und Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka (ÖVP) auf dem Programm: Er muss für einen Tag den Vorsitzessel räumen und stattdessen im Zeugenstand Platz nehmen. Befragt werden soll er etwa zu seinen Verbindungen zum Glücksspielkonzern Novomatic.

Die Oppositionsparteien SPÖ, FPÖ und Neos halten Sobotka schon länger für befangen und nicht geeignet, den Vorsitz zu führen. Trotz der Vorwürfe war und ist er aber nicht bereit, seinen Vorsitz zurückzulegen.

Für morgen geladen sind außerdem Ex-Novomatic-Sprecher Bernhard Krummel, der anno dazumal auch Sobotkas Sprecher war, und Markus Braun, Chef der Sigma Investment und Ex-FPÖ-Stiftungsrat. Er soll zu parteinahen Vereinen aussagen. Übermorgen geht es mit Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), Casinos-Che-

fin Bettina Glatz-Kremsner und Ex-Casag-Manager Peter Erlacher um den mutmaßlichen Gesetzeskauf im Glücksspielbereich. Auch Novomatic-Manager Alexander Merwald, OMV-Vorstandsvorsitzender Rainer Seele und ÖGK-Obmann Matthias Krenn werden im September befragt.

Im Oktober steht die Befragung von Großspendern am Plan. Zudem soll die Gesetzgebung unter Türkis-Blau für die Privatkrankenanstalten weiter beleuchtet werden. Geladen sind etwa Immobilieninvestor René Benko, KTM-Chef Stefan Pierer und Privatklinik-Betreiber Walter Grubmüller. Im November wird es um die „Schredder-Causa“, das Ibiza-Video und die Ermittlungen sowie um Profiteure des mutmaßlichen Gesetzeskaufes gehen. **Sandra Schieder**

morgen ➤ Wolfgang Sobotka wechselt vom Vorsitzessel in den Zeugenstand

geht in die nächste Staffel

Ausschussvorsitzender und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Ex-Novomatic-Sprecher Bernhard Krumpel, Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) und Casinos-Chefin Bettina Glatz-Kremsner (v. li. n. re.) werden diese Woche befragt.



Fotos: Peter Tomschl, www.picture-desk.com, Gerhard Bartel, Zwerlo

„Bloomberg“, 08.09.2020

Novomatic Swings to Loss as Covid-19 Emptied Betting Venues
2020-09-08 09:09:47.59 GMT

By Matthias Wabl

(Bloomberg) -- Novomatic AG, the gambling firm owned by Austria's second-richest man, swung to a loss in the first six months of the year after most of its casinos closed during the Covid-19 pandemic and demand for new terminals fell.

The Gumpoldskirchen, Austria-based company said its net loss in the period was 94.8 million euros (\$112 million), compared with a profit of 27.5 million euros a year earlier. Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization slumped 56% while revenue dropped by more than a third to 805.4 million euros.

The company had to close most of its 1,940 gambling outlets temporarily after governments around the world implemented restrictions to prevent a spread of the pandemic. Novomatic's biggest markets are Germany, Austria, eastern Europe, Italy and Great Britain. Online sales grew by half, compensating for some of the revenue decline.

The company plans to open all remaining gambling sites during the third quarter and expects a "positive" development in the rest of the year. It wants to grow its online business and has plans to open additional gambling terminals in various markets in Europe, America and Asia.

Novomatic said it will focus on revenue and costs as it prepares to refinance debt of almost 1 billion euros over the next 3 years. It drew down an additional 280 million euros from its 1 billion-euro credit facility from various banks in the period. That, and the sale of a stake in Casinos Austria AG helped boost the cash position to 816.4 million euros.

➤ Nächster Akt in der politischen Aufarbeitung zu Ibiza und Co. ➤ Mehr als

Schlüsselspieler und ihre

Am kommenden Mittwoch beginnt die Herbstsaison des Untersuchungsausschusses zu Ibiza und den Folgen: Im Fokus steht auch Glücksspielkonzern Novomatic: Strategien von Lobbyist Hohegger zum Werben von Politikern bilden einen Grundstein für den Versuch, die Politik zu beeinflussen. Einblicke in eine spezielle Welt.

Das Jahr 2006 ist intensiv. Für die Politik (Nationalratswahlen im Oktober) und auch für jene, die die Politik für sich gewinnen wollen. Glücksspielkonzern Novomatic will unbedingt gewinnen. Zugrunde liegt das Begehren, das Monopol der Casinos Austria (Casag) zu stürzen. Und es gibt einen Masterplan, erstellt von Lobbyist Peter Hohegger, bekannt durch Buwog und Co., um Politiker dazu zu bringen, das Glücksspielgesetz zu ändern. In dem Plan heißt es u. a.: *Einbindung der Grünen. Einbindung der SPÖ (hier gibt es bereits eine Zusi-*

cherung seitens Dr. Gusenbauer). Einbindung der Freiheitlichen/H.-C. Strache.

„Weiterbetreuung“ von ÖVP und BZÖ. Als „Neuer Verbündeter“ wird der mächtige Christian Konrad von Raiffeisen angeführt. Er betrachtet das Monopol als nicht mehr zeitgemäßes Konstrukt.

Es sollen alle potenzielle Regierungsparteien umworben werden. Wie forsch, zeigt u. a. ein Schreiben vom 3. Juli 2006 von Stefan Krenn (Head of Public Affairs von Novomatic) an Herbert Scheibner, Klubobmann des BZÖ. Wie mit Herrn Meischberger bespro-

chen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glücksspielgesetzes (...) übersenden. Meischberger, ebenfalls Buwog-Akteur, war auch Part of the Game, wie Sitzungsprotokolle belegen. So wie Krenn, Ex-Hohegger-Mitarbeiter und heute Novomatic-Marketingdirektor.

Vergebene Mühe

„Novomatic zahlt alle“, sprach 2017 Heinz-Christian Strache, der schon 2006 im Novomatic-Fokus gewesen war, auf Ibiza. Postenschacher und Bestechung lauten seitdem die Vorwürfe der Justiz. Krenn ist am 30. September Auskunftsperson im U-Ausschuss, der diesen Mittwoch wieder beginnt. Zentrale Frage: Gab es Zuwendungen an Politiker unter Türkis-Blau?

Die Gesetzesänderung kam jedenfalls trotz aller Mühe bis heute nicht (die Casinos intervenierten 2006 erfolgreich bei der Regierung). Milliardenkonzern Novomatic verkaufte Ende 2019 seine Casag-Anteile an Mehrheitseigentümer Sazka (ein Drittel gehört der Republik). Gründer Graf und Ex-Manager Neumann sind beschuldigt wie Strache und andere, die alle Vorwürfe dementieren – es gilt die Unschuldsvermutung. Übrigens: Die Wahlen 2006 gewann die SPÖ unter Gusenbauer. Er dockte später bei Novomatic ebenso an wie die Grüne Eva Glawischnig oder schon viel früher ÖVP-Mann Johannes Hahn, heute EU-Kommissar. Dem Glücksspiel verfallen viele. Wenn auch aus verschiedenen Motiven. Erich Vogel

14 Jahre versuchte Novomatic, die Politik zu gewinnen

forschen Strategien



Ex-FPÖ-Chef Strache stand schon 2006 im Fokus von Novomatic und Lobbyist Hohegger